Engagement für Stahl

Jahresbericht 2021

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl

Fakten
2021

Die WV Stahl hat sich 2021 mit rund **30 Positionspapieren** und **40 Stellungnahmen** in politische Entscheidungsprozesse eingebracht.

10 konkrete politische Maßnahmen in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung fordert die WV Stahl, um die Transformation der Stahlindustrie voranzubringen.

Durch die Umstellung eines Drittels der Primärstahlproduktion bis 2030 lassen sich **CO_2-Einsparungen** von bis zu rund **30 Prozent** gegenüber 2018 erzielen.

Pro Tonne eingesetztem klimaneutralen **Wasserstoff** beim Stahl lassen sich **28 t CO_2** einsparen und damit mehr als in anderen Sektoren.

Die Nutzung von **Erneuerbaren Energien** ermöglicht bereits heute die Erzeugung von **CO_2-armem Stahl** auf der schrottbasierten Elektrostahlroute.

Drei Jahre nach Inkrafttreten der Section-232-Maßnahmen haben sich USA und EU im Oktober 2021 auf ein **Ende der Stahlzölle** verständigt.

Mehr als **30.000 Nutzer*innen** informieren sich regelmäßig über die **Social-Media-Kanäle** der WV Stahl.

Rund **13 Mio. Mal** liefen Inhalte der Kampagne **#nichtkönntemuss** über die Bildschirme.

Engagement für Stahl

© WV Stahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Corona-Pandemie hat auch im Jahr 2021 eine hohe Aufmerksamkeit von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gefordert. Trotzdem standen der Klimawandel und seine drohenden Auswirkungen so stark wie nie zuvor im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Dass jetzt alle Möglichkeiten zur Eindämmung von Treibhausgasemissionen genutzt werden müssen, hat u. a. der im August 2021 veröffentlichte neue Sachstandsbericht des Weltklimarats noch einmal deutlich gemacht.

Dabei steht selbstverständlich auch die Wirtschaft in der Pflicht, ihren Beitrag für eine klimaneutrale Zukunft zu leisten. Insbesondere der Stahlindustrie mit ihrem Anteil von sieben Prozent an den weltweiten CO_2-Emissionen kommt eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz zu, die von den Unternehmen unserer Branche in Deutschland offensiv vertreten wird.

Gerade hierzulande fand sich die Stahlindustrie immer wieder im Zentrum der politischen Debatte um den besten Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft. Am Beispiel unserer Branche hat sich ein zunehmend pragmatischer und sachorientierter Diskurs entfaltet, der die Industrie in ihrer Rolle als Teil der Lösung der gemeinschaftlichen Herausforderung Klimawandel begreift und respektiert – auch dank des Handlungskonzepts Stahl der Bundesregierung aus dem Sommer 2020. Bisher hat sich das wachsende gemeinsame Verständnis für die politischen Anforderungen auf dem Weg zur klimaneutralen Stahlindustrie allerdings noch zu wenig in konkreten Maßnahmen niedergeschlagen. Wenn die Transformation gelingen soll, ist nun die neue Bundesregierung in der Pflicht, möglichst rasch zu handeln.

Mit Beginn der Sommermonate bildeten zunächst der Wahlkampf und später die Koalitionsverhandlungen den hauptsächlichen Rahmen für die Arbeit der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Der Verband hat die politischen Diskussionen intensiv begleitet und die Branchenpositionen bei zahlreichen Gelegenheiten eingebracht. Das Ziel: Konkrete Lösungsvorschläge sollen umgesetzt werden, um eine Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2045 zu ermöglichen und schon bis 2030 bedeutende CO_2-Reduktionen zu erreichen.

Auch wenn die Perspektive klimaneutrale Stahlindustrie in Politik und Öffentlichkeit derzeit die größte Aufmerksamkeit erhält, bleibt das Themenspektrum bei der WV Stahl weit und vielfältig. So war die Expertise des Verbands u. a. auch bei außenhandels- und umweltpolitischen Vorgängen gefragt. Insgesamt haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2021 mit rund 30 Positionspapieren und 40 Stellungnahmen in die Entscheidungsprozesse eingebracht.

Die Corona-Pandemie hat die Kommunikation der Wirtschaftsvereinigung noch deutlicher als vorher in den digitalen Raum erweitert. Neue Formate wie die Veranstaltungsreihe „Digitaler Berliner Stahldialog“ und der #politik-Brief, ein Newsletter für die politische Community, ergänzen zunehmend den direkten und persönlichen Austausch mit den Entscheidern. Social Media-Kampagnen, darunter #nichtkönntemuss, verhelfen der Branche zu Sichtbarkeit und Gehör im Internet.

Ich lade Sie herzlich zur Lektüre unseres Jahresberichts ein. Er zeigt einen Ausschnitt jener Aktivitäten und Themen, mit der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbands 2021 beschäftigt waren. Fragen zu unserer Arbeit beantwortet Ihnen auch gerne das Team der WV Stahl.

Mit freundlichem Gruß und den besten Wünschen

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
im November 2021

Engagement für Stahl
Jahresbericht 2021

2 Auf einen Blick

3 Editorial

4 Inhalt

6 **2021**
European Deal for Green Steel?

12 **Stahl global**
Klimaschutz und Handel

14 **Politische Themen**
2021

16 **Stahl und Wasserstoff**
Schlüssel für die Energiewende

19 **Außenhandelspolitik**
Innovative Instrumente gesucht

22 **Kreislaufwirtschaft mit Stahl**
Unverzichtbar für Klimaneutralität

25 **Transformation**
braucht nachhaltige Finanzierung

26 **Anforderungen für eine**
klimaneutrale Stahlindustrie

27 **Erfolgreiche Kampagne**
#nichtkönntemuss

28 **Botschaften auf dem Schirm**
Viele Instrumente – ein Ziel

31 **Wirtschaftsvereinigung Stahl**
Stimme für die Stahlindustrie
in Deutschland

32 **Ansprechpartner*innen**
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

33 **Publikationen**
2021

34 **Mitgliedsunternehmen**
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Impressum

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Deutschland
Tel. +49 30 232 5546-0
info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

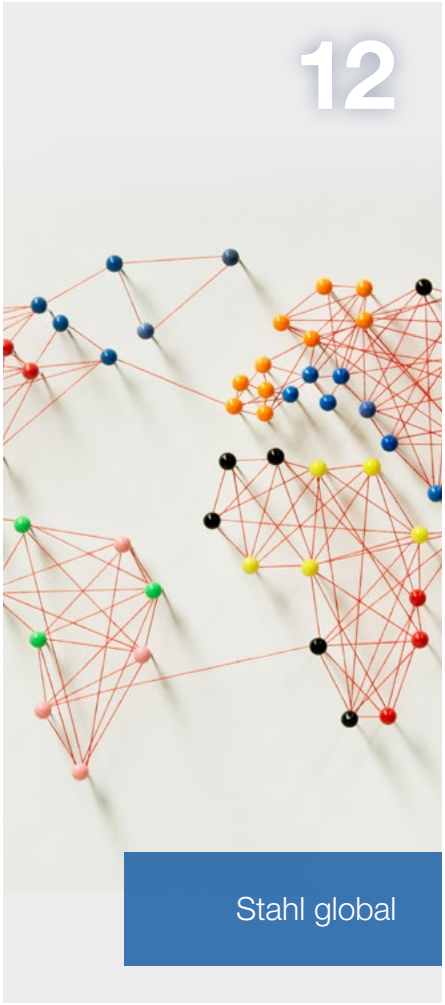
Redaktion:
Kommunikation, Wirtschaftsvereinigung Stahl
Layout, typesetting:
etcetera Werbeagentur, Aachen
Foto Titelseite:
WV Stahl

Copyright:
Wirtschaftsvereinigung Stahl
Berlin, November 2021

6 European Deal for Green Steel?

© iStock.com/Eskemar

12 Stahl global



© iStock.com/Pogonici

16 Stahl und Wasserstoff

© Adobe Stock/Corona Borealis

19 Außenhandels-politik

© iStock.com/bfk92

22 Kreislaufwirtschaft mit Stahl

© iStock.com/chromatika

28 Botschaften auf dem Schirm

© iStock.com/BrAt_PIKaChU

2021
European Deal for Green Steel?

Nach 2020 wird auch 2021 als Pandemiejahr in Erinnerung bleiben. Die eng vernetzten Volkswirtschaften rund um den Globus haben die Folgen von Covid-19 mit Schwierigkeiten in den Lieferketten, Produktionsverzögerungen und zeitweiligen Stillständen merklich zu spüren bekommen, und die Auswirkungen sind weiter sichtbar. Das gilt auch für die Stahlindustrie in Deutschland. Zwar gab es dank der steigenden Nachfrage einen deutlichen Aufwärtstrend bei der Rohstahlproduktion, trotzdem lag diese in den ersten drei Quartalen des Jahres mit einem Zuwachs von 16 Prozent immer noch unter dem Niveau der vergangenen und wird bis zum Ende des Jahres die 40-Millionen-Tonnen-Grenze allenfalls knapp übersteigen. Die Verwerfungen in den Lieferketten stellen auch für die Stahlindustrie ein zunehmendes Risiko dar, ebenso wie deutlich steigende Energiekosten.

Herausforderung Klimawandel

Neben der Corona-Pandemie steht weiterhin der Kampf gegen den Klimawandel im Zentrum der politischen Arbeit. Der im August 2021 vorgestellte neue Sachstandsbericht des Weltklimarates hat noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht: Wetterextreme wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren werden weiter zunehmen und in immer größerem Maße Menschenleben kosten und wirtschaftliche Schäden hervorrufen. Nur eine konsequente Reduzierung von Emissionen kann dem globalen Temperaturanstieg entgegenwirken. Alle Akteure in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sind damit gefordert, ihren Beitrag zu leisten – so auch der Tenor bei der Weltklimakonferenz in Glasgow im November 2021.

„Die Stahlindustrie in Deutschland steht zu den Klimazielen und kann einen wichtigen Beitrag für eine klimaneutrale Zukunft leisten. Dazu bedarf es eines angemessenen politischen Rahmens, der die Bemühungen der Stahlunternehmen auf dem Weg der Transformation unterstützt.“

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl

© iStock.com/Eskemar

Die Industrie steht dabei in einer besonderen Verantwortung, auch in Deutschland. Mit einem Anteil von rund einem Viertel an den Treibhausgasemissionen nimmt sie hierzulande die zweite Position nach der Energiewirtschaft ein. Davon entfallen auf die Stahlindustrie rund 58 Millionen Tonnen, ein Drittel des Industrieanteils. Die Politik hat in den letzten Jahren zunehmend erkannt, welches Potential die Industrie für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Dekarbonisierung mitbringt, und wie entscheidend es ist, die Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft vorausschauend und mit langem Atem zu organisieren. Beispielgebend für andere Branchen wurde das im Sommer 2020 von der Bundesregierung verabschiedete „Handlungskonzept Stahl", ein gemeinsamer Wurf von Politik, Gewerkschaften und Unternehmen, der in den vergangenen Monaten weiter konkretisiert wurde. Die neue Bundesregierung steht nun vor der Aufgabe, das Konzept schnellstmöglich umzusetzen.

Das Handlungskonzept Stahl der Bundesregierung vom Juli 2020 adressiert politische Maßnahmen und Instrumente für die Transformation.

Perspektiven für die Stahlindustrie: Transformation und Kreislaufwirtschaft

Im Sommer 2021 hat die Bundesregierung im „Klimaschutz-Sofortprogramm 2022" mit dem „Investitionsförderprogramm Stahlindustrie", Klimaschutzverträgen und grünen Leitmärkten für Stahl wichtige erste Voraussetzungen für die Transformation definiert. Auf dieser Basis muss eine verlässliche Perspektive entstehen, damit die Unternehmen bei ihrer Transformation hin zu einer grünen Stahlproduktion durchstarten können. Schließlich stehen große Teile der Stahlbranche vor einem kompletten Umbruch in der Produktionstechnik, wenn die besonders CO_2-intensive Roheisenerzeugung im Hochofen auf Kohlenstoffbasis auslaufen und durch Eisendirektreduktion ersetzt werden soll.

Vom Einsatz bei der Direktreduktion bis zum Ersatz von fossilen Brennstoffen in der Weiterverarbeitung: Klimaneutraler Wasserstoff wird der langfristige Treiber dieser Transformation. Mit gutem Grund: Der Einsatz einer einzigen Tonne spart 28 Tonnen CO_2, eine bessere Hebelwirkung erreicht Wasserstoff in keiner anderen Industriebranche. Im Ergebnis lassen sich damit die Emissionen um 95 Prozent reduzieren. Der Wasserstoffeinsatz in der Stahlindustrie hat somit ein enormes CO_2-Vermeidungspotential. So können bei einer Umstellung von 10 Millionen Tonnen Rohstahlkapazität auf das Direktreduktionsverfahren auf Wasserstoffbasis bis 2030 CO_2-Einsparungen von rund 30 Prozent gegenüber 2018 erreicht werden. Neben der direkten Vermeidung von CO_2 (CDA), spielt auch die Wiederverwendung von CO_2 (SCU) eine wesentliche Rolle beim Übergang in eine CO_2-neutrale bzw. CO_2-arme Industrie. Wichtige Förderprogramme hierzu sind das IPCEI (Important Projects of Common European Interest) „Wasserstoff", das nationale Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie" sowie der EU-Innovationsfonds.

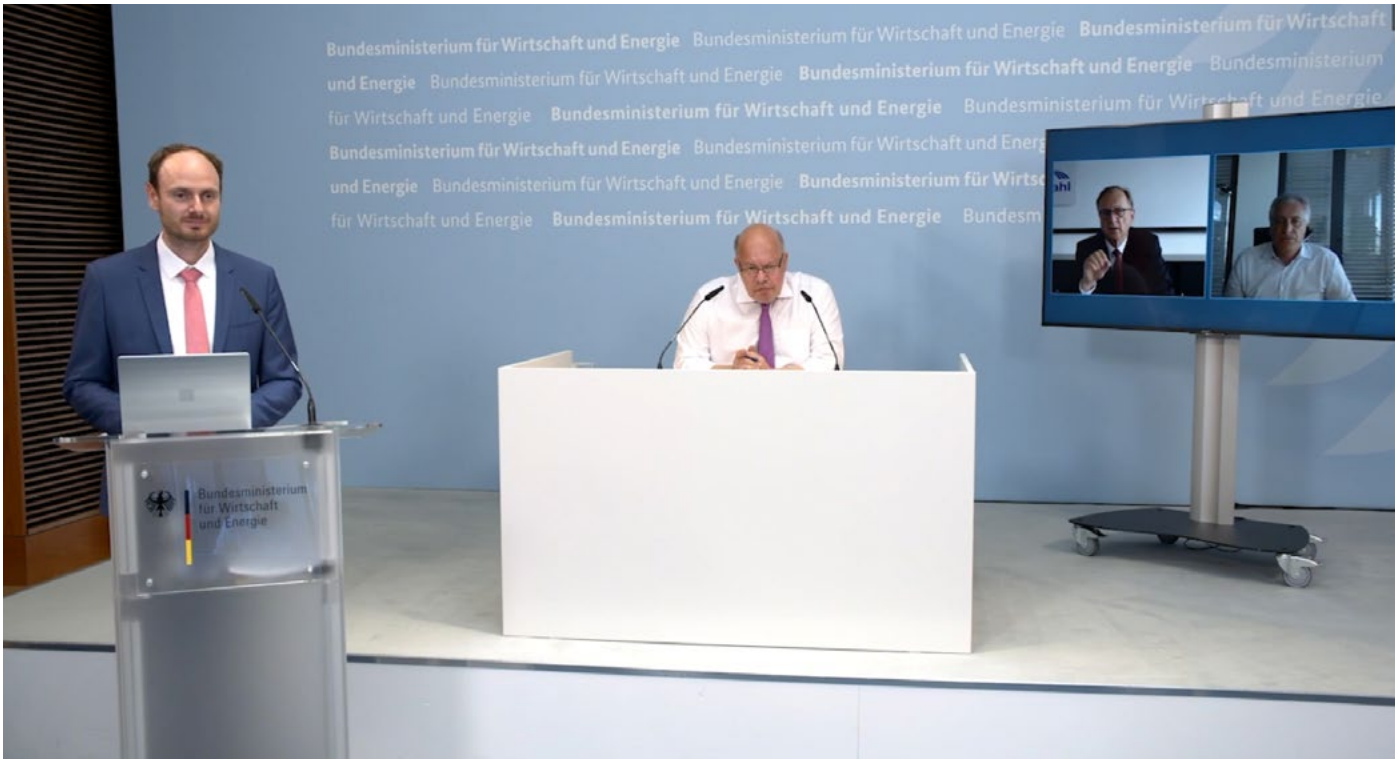
CDA und SCU

Unter Carbon Direct Avoidance (CDA) versteht man die direkte Vermeidung von CO_2 im Produktionsprozess durch beispielsweise den Ersatz der kohlenstoffbasierten Reduktionsmittel durch Wasserstoff. Bei Smart Carbon Usage (SCU) wird das entstehende CO_2 aufgefangen, bevor es in die Atmosphäre gelangen kann, und für die Herstellung wertvoller chemischer Produkte wie z. B. Dünger verwendet.

Die Zeit dafür drängt: Mithilfe der Direktreduktion können für den Übergang bereits durch den Einsatz von Erdgas erhebliche CO_2-Minderungen erschlossen werden, solange klimaneutraler Wasserstoff noch nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Die Stahlhersteller haben bereits konkrete Investitionsprojekte erarbeitet, die entscheidungsreif sind, sobald hierzu die politischen Voraussetzungen vorliegen. Damit in rund fünf Jahren erste Direktreduktionsanlagen in Betrieb gehen können, müssen 2022 alle Voraussetzungen dafür bei Instrumenten und Genehmigungsverfahren geschaffen werden.

Ein weiterer Hebel zur Klimaneutralität ist die heute schon emissionsarme Elektrostahlroute mit ihrem Anteil von 30 Prozent an der Gesamtproduktion. Allein durch CO_2-freien Strom können die direkten und indirekten Emissionen der Elektrostahlwerke um zwei Drittel gesenkt werden.

Die schrottbasierte Elektrostahlproduktion steht gleichzeitig für gelebte Kreislaufwirtschaft. Jahr für Jahr werden von ihr rund 13 Millionen Tonnen Schrott wieder in den Stoffkreislauf Stahl eingebracht. Zusammen mit über 5 Millionen weiteren Tonnen bei den Integrierten Hütten wird damit ein unverzichtbarer Baustein für die Circular Economy des Green Deals der EU zur Verfügung gestellt.



Auch 2021 fanden Gespräche zur Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl der Bundesregierung statt. In einer Pressekonferenz des BMWi am 21. Juni standen Bundesminister Altmaier, IG Metall-Vorstandsmitglied Kerner und WV Stahl-Präsident Kerkhoff den Medien Rede und Antwort.

Anspruchsvolle Klimaziele

Der Weg zur Klimaneutralität mit dem Zwischenziel 2030 ist eine gewaltige Herausforderung für den Industriestandort Deutschland. In weniger als neun Jahren müssen die CO_2-Emissionen fast halbiert werden. Die Stahlindustrie mit ihren Reduktionspotentialen kann dazu ihren Beitrag leisten, wenn jetzt die nötigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Handlungskonzept Stahl bietet dafür nach wie vor eine gute Grundlage; es muss aber an die veränderten Klimaziele angepasst und entschlossen umgesetzt werden.

Mit Blick auf die neue Bundesregierung hat die Wirtschaftsvereinigung Stahl die wesentlichen Voraussetzungen für die Transformation formuliert.

Wie groß der Kraftakt werden wird, um die Klimaschutzziele für 2030 zu erreichen, hat die im Auftrag des BDI von der Strategieberatung BCG durchgeführte Studie „Klimapfade 2.0“ im Herbst 2021 deutlich gemacht. Für das Etappenziel bis 2030 werden über alle Wirtschaftssektoren hinweg

In einem Transformationsprogramm fordert die WV Stahl von der neuen Bundesregierung zehn konkrete Maßnahmen in den ersten 100 Tagen.

Klimapfade 2.0 verdeutlicht die Bedeutung der Stahlindustrie für die Dekarbonisierung.
Die WV Stahl hat sich an der Studie beteiligt.

„Klimaschutzverträge gleichen die Mehrkosten für die Produktion von grünem Stahl gegenüber konventionell produziertem Stahl aus und sind daher ein unverzichtbares Instrument auf dem Weg zur klimaneutralen Stahlindustrie."

Bernhard Osburg
Vorsitzender des Vorstands, thyssenkrupp Steel Europe AG

Mehrinvestitionen in Höhe von 860 Milliarden Euro veranschlagt. Darüber hinaus bestätigt die Studie mit aller Deutlichkeit, wie wichtig die Transformation der Stahlindustrie für den Gesamterfolg ist.

Die Studie gibt dabei klare Empfehlungen für die Umsetzung: So sollen u. a. Investitionsförderungen und Klimaschutzverträge die mit der Transformation verbundenen Mehrkosten ausgleichen. Leitmärkte für grüne Grundstoffe wie Stahl schaffen eine Marktperspektive für klimafreundlichere Produkte. Weitere Voraussetzungen sind die Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und grünem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen. Auch der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Vermeidung von Carbon Leakage spielen eine entscheidende Rolle.

Carbon Leakage

Man spricht von Carbon Leakage, wenn Unternehmen aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen zusätzliche Kosten entstehen und infolgedessen Produktion – und somit auch CO_2-Emissionen – in andere Länder verlagert werden. Dadurch können die Gesamtemissionen sogar ansteigen. Besonders in den energieintensiven Branchen ist das Carbon-Leakage-Risiko hoch.

„Fit for 55" – kein europäischer Green Deal für den Klimaschutz

Mit Blick auf die Europäische Union stellen sich für den Erfolg der Transformation grundsätzliche Fragen, die nur mit Unterstützung der neuen Bundesregierung beantwortet werden können. Gelingt ein Paradigmenwechsel weg von einer immer weiter steigenden Kostenbelastung für CO_2-Emittenten hin zu einer sinnvollen Flankierung der Dekarbonisierungsbemühungen auf Seiten der Industrieunternehmen? Wie kann eine EU-weite Reduktion von 55 Prozent Emissionen bis 2030 gelingen, wenn der unternehmerische Spielraum weiter mit steigenden Belastungen eingeschränkt wird?

Insbesondere die Revision des EU-Emissionsrechtehandels (EU-ETS) sorgt für Nachteile im internationalen Wettbewerb und verschärft die Gefahr von Carbon Leakage. Nach den Plänen der EU-Kommission soll die freie Zuteilung der Zertifikate massiv abgeschmolzen werden. In Branchen wie der Stahlindustrie soll sie darüber hinaus schrittweise bis 2030 halbiert und bis 2035 sogar abgeschafft und durch einen CO_2-Grenzausgleichsmechanismus („Klimazoll") ersetzt werden.

Ein Grenzausgleich allein kann jedoch nicht verhindern, dass Stahl in anderen Regionen der Welt mit geringeren Klimaschutzauflagen produziert wird. Wettbewerber aus Drittländern können Wege finden, den Zoll zu umgehen. Ebenso problematisch ist, dass Exporte nicht berücksichtigt werden. Die Folge wäre eine massive Benachteiligung gerade der exportstarken deutschen Stahlindustrie mit Verlusten von Produktion, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Carbon-Leakage-Politik 2035:
Das wären die gesamtwirtschaftlichen Folgen für Deutschland

Carbon Leakage in der Stahlindustrie

Auf **600 €** beläuft sich der volkswirtschaftliche Verlust für jede Tonne CO_2, die ins Ausland verlagert wird.

3500 Arbeitsplätze gehen für jedes Prozent an „geleaktem CO_2" verloren.

Die Carbon-Leakage-Kosten übersteigen die Mehrkosten eines wasserstoffbasierten Produktionsverfahrens um ein Vielfaches.

Quelle: Prognos-Studie, September 2020

Fit for 55 / Green Deal

Vor dem Hintergrund des EU-Klimaneutralitätsziels 2050 hat die EU-Kommission den Green Deal auf den Weg gebracht. Dieser ist ein weitreichendes Programm für mehr Klima- und Umweltschutz bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum. Das Fit for 55-Paket ist ein politisches Maßnahmenpaket, mit dem die Ziele des Green Deal erreicht werden sollen.

Dem Maßnahmenpaket fehlt damit eine klare industriepolitische Perspektive. Im Gegenteil zehren ein weiter zunehmender CO_2-Preis, vorhandene und drohende Belastungen im EU-ETS sowie steigende Energiepreise die Mittel der Unternehmen für Investitionen in ihre grüne Zukunft auf und konterkarieren letztlich alle Förderprogramme und Maßnahmen für die industrielle Transformation.

In Zahlen ausgedrückt: Bis 2030 drohen für die Unternehmen Mehrkosten von 10 bis 16 Milliarden Euro, was weit über die Gesamtinvestitionen hinausgeht, mit denen die Industrie in diesem Zeitraum für die Umstellung auf grünen Stahl rechnet. Diese Mehrkosten belasten die Betriebe zusätzlich zu dem ohnehin schon massiven Investitionsaufwand.

Ein erfolgreicher Green Deal braucht aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland eine industriepolitische Perspektive. Es muss darum gehen, den Stahlunternehmen einen unterstützenden und verlässlichen politischen Rahmen bereitzustellen, statt ihnen dringend benötigte Mittel für Klimaschutz-Investitionen zu entziehen.

Die EU sollte Vorbild sein bei der Freisetzung von Potentialen für die CO_2-Minderung und nicht bei weiteren existenzbedrohenden Belastungen. Ziele für die Dekarbonisierung der Industrie vorzugeben und gleichzeitig Hindernisse für die Realisierung aufzustellen, stellt den Erfolg der Transformation in die klimaneutrale Zukunft massiv infrage.

„Um grünen Stahl erzeugen zu können, braucht die Stahlindustrie große Mengen grünen Strom zu bezahlbaren Preisen. Dazu müssen Erneuerbare Energien massiv ausgebaut werden."

Markus Menges
Geschäftsführer, Badische Stahlwerke GmbH

© Adobe Stock/artjazz

„Fit for 55“ muss im bevorstehenden Gesetzgebungsprozess so nachgebessert werden, dass die Transformation der Stahlindustrie unterstützt und nicht behindert wird. Dazu braucht es einerseits einen verlässlichen Carbon-Leakage-Schutz, andererseits entsprechende Voraussetzungen für das Gelingen transformativer Prozesse. Dafür sollte sich die neue Bundesregierung bei der EU in Brüssel mit starker Stimme einsetzen.

Neue Herausforderung Green Leakage

In der aktuellen klimapolitischen Diskussion wird zudem vermehrt die Frage gestellt, ob es sinnvoll sein könnte, energieintensive Stufen der Stahlerzeugung in Länder zu verlagern, in denen günstigere energiewirtschaftliche Voraussetzungen existieren (günstigere Erzeugung von erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff). Diese Verlagerung wird oft als „Green Leakage“ bezeichnet und damit fälschlicherweise ein positiver Netto-Klimaeffekt suggeriert.

Die Stahlindustrie spricht sich klar für den Erhalt der vollständigen Wertschöpfungskette Stahl in Deutschland und Europa aus, um damit Versorgungssicherheit und Resilienz zu sichern. Gleichzeitig kann die Stahlindustrie als großer Nachfrager von grünem Wasserstoff mit nur wenigen Standorten einen entscheidenden Beitrag zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft liefern.

Klimaschutz: Bisher kein globales Level Playing Field

Der internationale Stahlmarkt ist weiter von verzerrenden Markteingriffen geprägt, u. a. durch WTO-widrige Subventionen und Dumping-Preise. Zudem hat sich die globale Strukturkrise beim Stahl auch infolge der Corona-Pandemie verschärft. Deshalb muss sich die Politik weiter für einen fairen, regelbasierten Handel einsetzen. Faire Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten sind mehr denn je zentrale Voraussetzung für den Einstieg in eine erfolgreiche Transformation in Richtung CO_2-Neutralität.

Positive Signale für die Stahlindustrie in Europa gab es Ende Oktober 2021 am Rande des G20-Treffens in Rom: Die EU und die USA haben sich auf die Abschaffung der US-Zölle nach Section 232 für Stahlimporte geeinigt. Darüber hinaus wollen sich beide Handelspartner für eine globale Vereinbarung zur Bekämpfung von CO_2-Emissionen und der globalen Überkapazitäten in der Stahlindustrie einsetzen.

„Um die Investitionsentscheidungen für die Dekarbonisierungsprojekte zeitnah treffen zu können, brauchen wir Planungssicherheit durch zeitlich begrenzte staatliche Förderung zu Beginn. Grüne Leitmärkte müssen entwickelt werden, um die CO_2-Einsparungen in Stahlprodukten anrechnen zu können und so die Mehrkosten für grünen Stahl geltend zu machen.“

Reiner Blaschek, Vorsitzender des Vorstands,
ArcelorMIttal Bremen GmbH und ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH

Es liegt auf der Hand, dass die klimapolitischen Ambitionen der EU nicht isoliert in Europa Realität werden können. Denn um den Industriestandort Europa zu erhalten und den Klimaschutz weltweit zum Erfolg zu führen, braucht es dafür ein globales Level Playing Field. Ideen zur Bildung eines Klimaclubs mit dem Ziel, weltweit einheitliche CO_2-Preise zu schaffen, sind daher ein ermutigender und aus Sicht der Stahlindustrie begrüßenswerter Schritt. Klar muss dabei aber auch sein, dass der Schutz vor Carbon Leakage noch lange unverzichtbar bleibt.

Klimaclub

In einem Klimaclub sollen sich Staaten zusammenschließen, die sich freiwillig zu ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen verpflichten. Innerhalb dieses Clubs sollen ein einheitlicher CO_2-Preis und damit vergleichbare Klimaschutzkosten geschaffen werden und für einen fairen Wettbewerb sorgen. Gegenüber Drittstaaten würden jedoch weiterhin Schutzinstrumente, z. B. ein Grenzausgleich, zur Anwendung kommen. Hierdurch hätten diese einen Anreiz, ebenfalls dem Klimaclub beizutreten.

2021 war ein Jahr großer Herausforderungen für die Stahlindustrie und diese werden die Branche auch weiterhin beschäftigen. Die neue Bundesregierung ist nun gefragt, die Transformation ins Zentrum ihres Handelns zu stellen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen müssen rasch umgesetzt werden. Andernfalls können die von von einem breiten Konsens getragenen Klimaziele nicht erreicht werden. Von 2030 trennen uns jetzt nur noch acht Jahre.

© iStock.com/Pogonici

Stahl global
Klimaschutz und Handel

Nach dem massiven konjunkturellen Einbruch infolge der Covid-19-Pandemie hat die globale Stahlindustrie im Jahr 2021 eine spürbare Erholung erlebt. Zweistellige Zuwachsraten bei der Rohstahlproduktion sind in nahezu allen wichtigen Stahlerzeugungsregionen zu verzeichnen. Auch in Deutschland hat die Stahlproduktion angezogen und es zeigt sich eine verbesserte Geschäftslage. Allerdings bleibt diese weiterhin auf einem im langjährigen Vergleich gedrückten Level. Bemerkenswert ist, dass sich die konjunkturelle Erholung 2021 deutlich schneller vollzogen hat, als auf der Basis früherer Krisen zu erwarten gewesen wäre. Das schlagartige Anspringen der Stahlnachfrage stellt gegenwärtig die gesamten industriellen Wertschöpfungsketten vor große Herausforderungen. Engpässe bei der Rohstoffversorgung und im globalen Warentransport sowie stark steigende Energiepreise treffen die Stahlindustrie auf der Angebotsseite. Nachfrageseitig ergeben sich Belastungen insbesondere durch die Halbleiterknappheit, die im besonderen Maße die Automobilindustrie bremst. Für Unsicherheit sorgen auch weiterhin die instabile pandemische Situation sowie der Mangel an Impfstoffen in vielen Schwellenländern.

Strukturelle Probleme weiterhin ungelöst

Die strukturellen Probleme in der globalen Stahlindustrie bestehen weiter fort. Insgesamt könnte die weltweite Rohstahlkapazität 2021 laut Bericht der OECD vom September 2021 um 33 Millionen Tonnen bzw. 1,3 Prozent steigen. Auf Asien und den Nahen Osten entfallen fast 80 Prozent dieses Anstiegs. Und auch in den nächsten drei Jahren werden demzufolge Kapazitäten um 50 Millionen Tonnen ausgebaut. Das Global Forum on Steel Excess Capacity (GFSEC), welches sich im Rahmen der G20 mit dieser globalen Herausforderung befasst, hat daher in seinem jüngsten Bericht darauf hingewiesen, dass die Abkehr der Regierungen von marktverzerrenden Subventionen und anderen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen als Ursache der globalen Überkapazitäten unverzichtbar ist, um künftige Krisen und Handelsspannungen zu vermeiden. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass China keinerlei Bestrebungen zeigt, sich wieder an dem Prozess des Globalen Stahlforums zu beteiligen, aus dem es sich bereits 2019 zurückgezogen hatte.

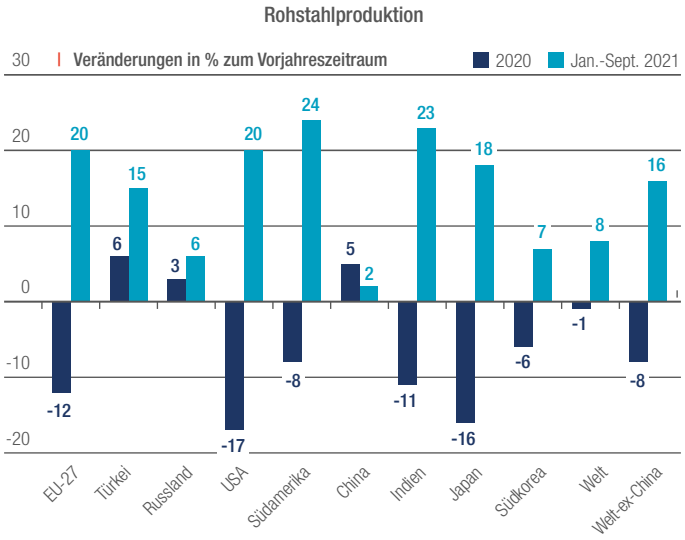
Dekarbonisierung der globalen Stahlindustrie

Die strukturellen Herausforderungen in der globalen Stahlindustrie müssen auch vor dem Hintergrund der weltweiten Dekarbonisierungsbemühungen in der Industrie neu bewertet werden. Einerseits bekennen sich immer mehr führende globale Stahlunternehmen zu einer klimaneutralen Produktion bis Mitte des Jahrhunderts. Anderseits werden weltweit immer noch in erheblichem Umfang neue, überwiegend kohlebasierte Kapazitäten in Schwellenländern auf den Weg gebracht, wodurch die Transformation der weltweiten Stahlindustrie verzögert wird. Zudem bestehen für die große Mehrheit der Anlagen, für die weltweit in den kommenden Jahren Re-Investitionen anstehen, keine Transformationspläne.

Politik muss Rahmenbedingungen setzen

Unterschiedliche Transformationsgeschwindigkeiten bedeuten, dass politische Antworten dafür gefunden werden müssen, wie ein Level Playing Field gesichert werden kann. Dabei dürfen „Early-Movers“ – wie die Stahlunternehmen in Deutschland und der EU – nicht aufgrund deutlich höherer Produktionskosten, die mit klimafreundlichen Verfahren verbunden sind, im internationalen Wettbewerb zurückfallen. Auch Anlagen im Übergang müssen während des gesamten Transformationszeitraums gegenüber Herstellern außerhalb Europas konkurrenzfähig bleiben. Gelingt dies nicht, droht nicht nur der Verlust der industriellen Basis in der EU. Vielmehr hätte ein Carbon Leakage auch zur Folge, dass in Schwellenländern weitere Anreize zum Ausbau von „grauen“ Kapazitäten gesetzt und der Aufbau klimafreundlicher Stahlverfahren in der Welt insgesamt weit hinausgeschoben wird. Angesichts des hohen Anteils der globalen Stahlindustrie an den weltweiten Emissionen würde dadurch auch das Erreichen der Pariser Klimaziele mehr als gefährdet.

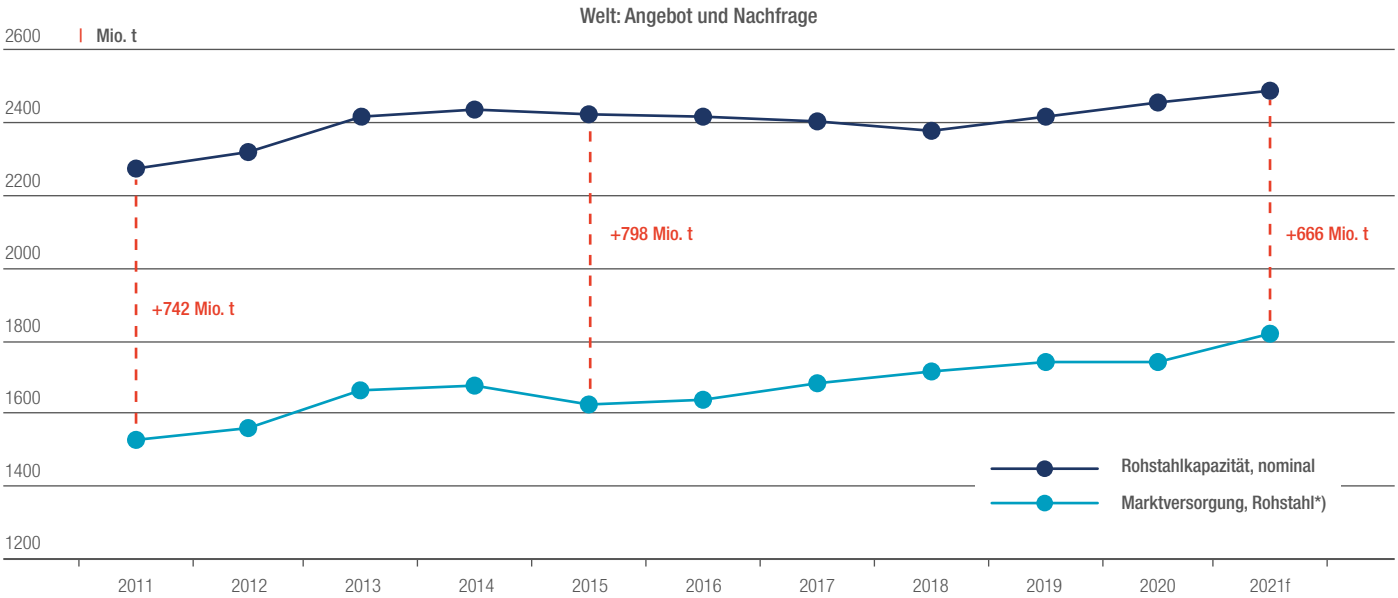
Welt-Rohstahlproduktion: Alle Regionen im Plus



Quelle: worldsteel

Eine Lösung könnte die Schaffung eines sogenannten Klimaclubs sein, der im Rahmen der aktuellen klimapolitischen Debatte diskutiert wird. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Staaten, die sich freiwillig zu ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen verpflichten. Gegenüber Nicht-Mitgliedern würden Ausgleichsmaßnahmen zur Anwendung kommen. Als Startpunkt für ein solches Bündnis könnte die gemeinsame Absichtserklärung von EU und USA angesehen werden, die Ende Oktober 2021 veröffentlicht wurde. In den nächsten zwei Jahren sollen Prinzipien für einen nachhaltigen Stahlhandel ausgearbeitet werden, um gemeinsam Klimaneutralität im Stahlbereich zu fördern und den globalen Überkapazitäten zu begegnen.

Globale Stahl-Überkapazitäten



*) Bereinigt um statistische Sondereffekte in China

Quelle: OECD, Sept. 2021 (Kapazitäten) und worldsteel SRO, Okt. 2021 (Marktvers.)

Politische Themen 2021

Diese Themen haben die Wirtschaftsvereinigung Stahl besonders beschäftigt.

Perspektive klimaneutrale Stahlindustrie

- Bundestagswahl 2021
- Fortführung Handlungskonzept Stahl
- Bedeutung von Wasserstoff für die Stahlindustrie
- Nationale Wasserstoffstrategie
- Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung
- EU Green Deal und Fit for 55
- Grüne Leitmärkte
- Carbon-Leakage-Schutz
- Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)
- Klimaclub
- Nachhaltige Finanzierung und Taxonomie

Circular Economy

- EU Circular Economy Aktionsplan
- EU-Ökodesignverordnung
- Produktrecht
- Abfallverbringung

Verkehr und Infrastruktur

- Corona-Auswirkungen auf die Logistik
- Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen
- Digitale automatische Kupplung

Forschungs- und Innovationspolitik

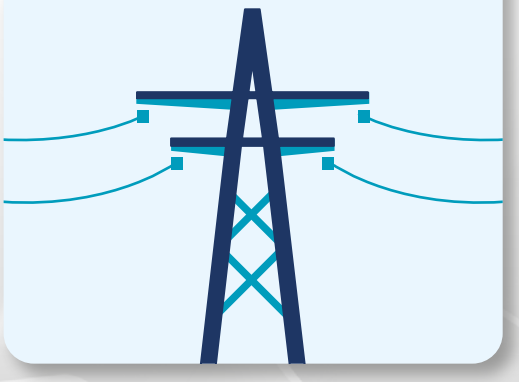
- IPCEI Wasserstoff
- Low Carbon Projects
- Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Globale Stahlkonjunktur

- Auswirkungen der Corona-Pandemie
- Protektionismus
- Angebots- und Nachfrageprobleme

Energie- und Klimapolitik

- Bundesklimaschutzgesetz
- Sofortprogramm 2022
- Brennstoffemissions-handelsgesetz



Außenhandelspolitik

- Verlängerung der EU-Safeguards
- US-Handelspolitik
- EU: Anti-Dumping und -Subventionsverfahren
- Lieferkettengesetz

Recht und Steuerpolitik

- Beihilferechtliche Allgemeine Gruppen-freistellungsverordnung (AGVO)
- Energiesteuer – Spitzenausgleich
- Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien

Umweltpolitik

- Chemiekalienstrategie für Nachhaltigkeit
- Luftreinhaltepolitik und Genehmigungsrecht
- TA Luft
- Industrieemissions-Richtlinie
- 13./17. BImSchV
- Hochwasserschutz
- Herstellerverantwortung
- Ersatzbaustoffverordnung

Stahl und Wasserstoff
Schlüssel für die Energiewende

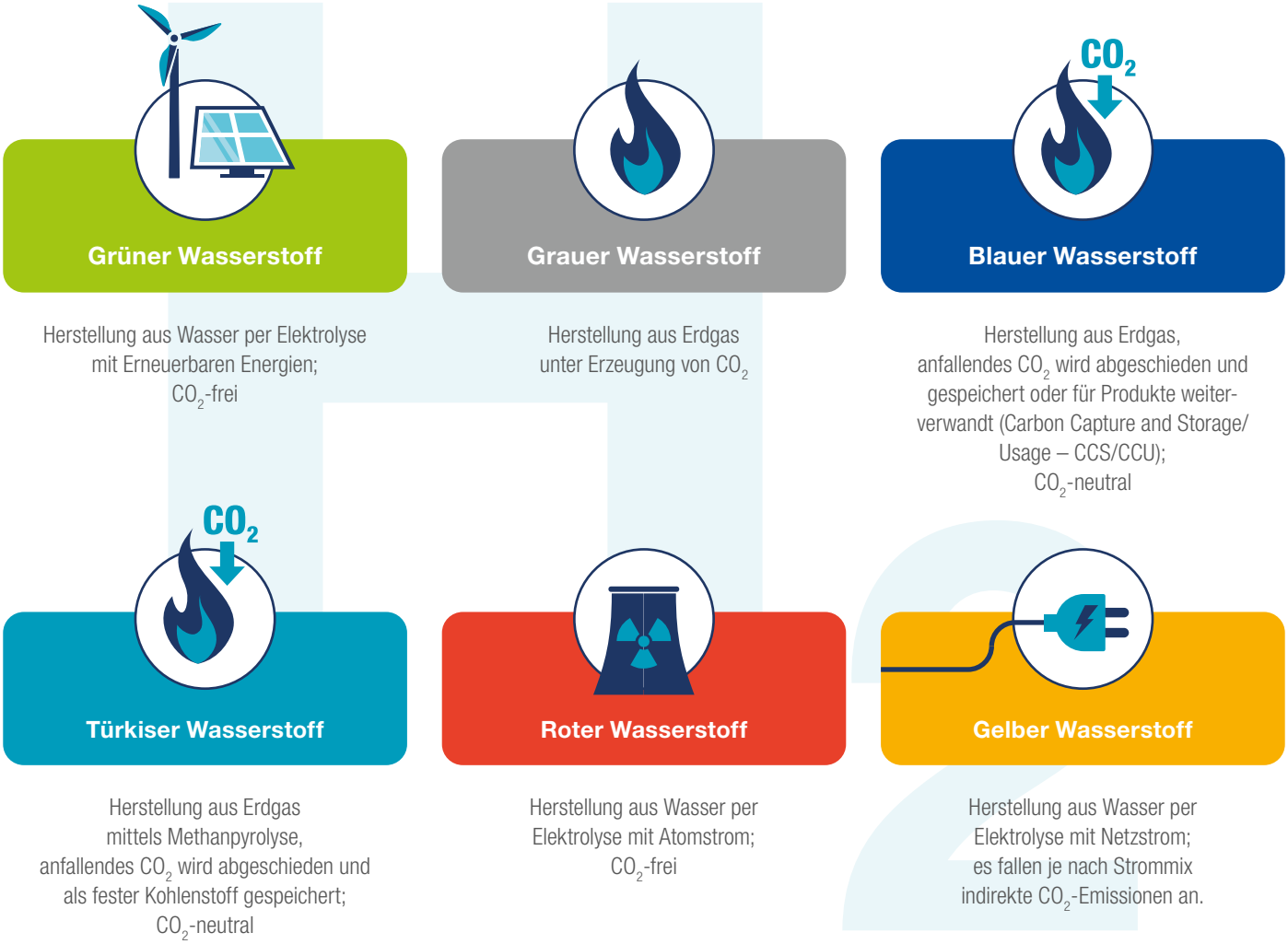
Die in diesem Jahr beschlossenen Klimaziele erfordern ein rasantes Tempo beim Klimaschutz, ab sofort müssen die Emissionen in Deutschland doppelt so schnell sinken wie bisher. Einen wichtigen Beitrag dazu kann die Stahlindustrie durch den Einsatz von klimaneutralem Wasserstoff leisten. Der Einsatz von nur einer Tonne Wasserstoff erzielt in der Stahlindustrie eine Einsparung von 28 Tonnen CO_2. Dieser Wasserstoffhebel ist weitaus größer als in anderen potenziellen Einsatzbranchen. Wasserstoff ist zur Erreichung der Klimaneutralität unverzichtbar: So können nahezu die gesamte Stahlindustrie dekarbonisiert und bis zu 95 Prozent der Emissionen in der CO_2-intensivsten Industriebranche eingespart werden. Dafür werden über zwei Millionen Tonnen Wasserstoff pro Jahr benötigt. Die potenziell einsparbaren CO_2-Mengen lägen damit weit über 50 Millionen Tonnen pro Jahr in Dimensionen ganzer EU-Staaten wie Portugal.

Abschied von CO_2-Emissionen

Die größten CO_2-Einsparpotenziale liegen bei der Hochofen-Konverter-Route. Der bisher sehr CO_2-intensive Prozess im Hochofen auf Basis von Kohlenstoff kann in Zukunft auf Basis von Wasserstoff in einer Direktreduktionsanlage erfolgen und dabei die prozessbedingt hohen CO_2-Emissionen fast vollständig reduzieren. Weitere Einsatzgebiete für Wasserstoff in der Stahlindustrie liegen im langfristigen Ersatz von Erdgas in der bereits heute CO_2-armen Elektrostahlerzeugung und in der Stahlweiterverarbeitung. Der Nutzen von Wasserstoff für die Stahlindustrie liegt also in seinem CO_2-freien Einsatz sowohl als Reduktionsmittel und damit Rohstoff wie auch als Brennstoff.

© Adobe Stock/Corona Borealis

Farbenlehre des Wasserstoffs



Quelle: BMBF, Solarify

Wichtig für den Einsatz von Wasserstoff ist, dass bei seiner Herstellung kein oder nur sehr wenig CO_2 emittiert wird und der Wasserstoff damit nahezu klimaneutral ist. Wasserstoff kann beispielsweise per Elektrolyse aus Wasser mithilfe von grünem Strom, durch Erdgasspaltung mit anschließender CO_2-Abscheidung (CCS/CCU) oder Kohlenstofflagerung in fester Form gewonnen werden. Je nach Herstellungsart wird er dann als grün, blau oder türkis bezeichnet.

Nationale Wasserstoffstrategie bereitet den Weg

Klimaneutraler Wasserstoff ist jedoch heute so gut wie nicht verfügbar und teurer als herkömmlicher grauer Wasserstoff, der bei seiner Herstellung CO_2 verursacht. Da er aber ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaziele ist und eine Lösung für das schwierige Problem der Energiespeicherung bietet, plant Deutschland mit der Nationalen Wasserstoffstrategie den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Das beinhaltet u. a. den Aufbau von Erzeugungskapazitäten nahe großer Grünstromzentren wie auch Industriezentren und eine Transportinfrastruktur mit reinen Wasserstoffleitungen.

Damit dies vor dem Hintergrund des ambitionierten Zeitplans der Klimaziele auch schnell erfolgen kann, brauchen Wasserstoffproduzenten besonders in der Hochlaufphase bis 2030 Abnehmer, die große genauso wie geringe Mengen Wasserstoff flexibel einsetzen können. In der Stahlindustrie sind die Technologien zum Wasserstoffeinsatz bereits verfügbar oder bedürfen nur kleinerer Anpassungen. In Direktreduktionsanlagen kann beispielsweise ein geringeres Wasserstoffangebot durch Erdgas ausgeglichen werden, ohne dabei das große H_2-Einsatzpotenzial zu verlieren, da Erdgas wie auch Wasserstoff als Rohstoff zur Eisenerzreduktion eingesetzt werden kann.

Die größte Herausforderung neben der noch nicht vorhandenen Erzeugungs- und Transportinfrastruktur für Wasserstoff ist die Wirtschaftlichkeit. Denn die ambitionierten Klimaziele bringen die Stahlindustrie in eine bedrohliche Situation, in der die herkömmlichen CO_2-intensiven Produktionsprozesse auf absehbare Zeit klimapolitisch unmöglich werden, die CO_2-arme Produktionsweise aber gleichzeitig teurer und damit nicht wirtschaftlich darstellbar ist. Dies gilt erst recht, da die Stahlindustrie in einem harten internationalen Wettbewerb steht.

„Wenn die neue Bundesregierung unter dem Druck, Klimaziele verbindlich erreichen zu müssen, verstärkte Anstrengungen zur Dekarbonisierung unserer Gesellschaft unternimmt, sollte sie mit der Transformation der kohlenstoffbasierten Stahlerzeugung anfangen: Hier sind die alternativen, wasserstoffbasierten Technologien zur CO_2-neutralen Herstellung heute bereits ausgereift, und der damit einhergehende CO_2-Minderungsertrag fällt in Relation zu den Engpassfaktoren ‚Anschubfinanzierung' und ‚regenerativer Strombedarf' mit Abstand am größten aus."

Gunnar Groebler,
Vorsitzender des Vorstands, Salzgitter AG

Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Transformation

Die WV Stahl setzt sich deshalb für den Wasserstoffeinsatz in der Stahlindustrie zu wirtschaftlichen Bedingungen ein und fordert von der deutschen und europäischen Politik dafür die geeigneten Rahmenbedingungen. Diese sind unverzichtbar sowohl für den Erfolg der wasserstoffbasierten Transformation der Stahlindustrie als auch für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft insgesamt. Dass der Branche hierbei eine tragende Rolle zukommt, bestätigt auch der „Wasserstoff Aktionsplan Deutschland 2021–2025" des Nationalen Wasserstoffrats. Damit der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gelingen kann, definiert das Gremium insgesamt acht Haltepunkte. Hierzu gehört auch, dass Investitionen in klimafreundliche Anwendungstechnologien zeitnah auf den Weg gebracht werden müssen und mit Blick auf die Stahlindustrie bereits Anfang 2022 ein politischer Rahmen benötigt wird, der die Grundlage für Investitionsentscheidungen bilden kann.

Konkret bedeutet dies, dass bis zur Überwindung der Knappheit an klimaneutralem Wasserstoff die regulatorischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass technologieoffen erzeugter klimaneutraler Wasserstoff vor allem in jene Bereiche gelenkt wird, in denen er – wie beim Stahl – unverzichtbar ist und das größte CO_2-Vermeidungspotenzial besitzt. Diese Priorisierung sollte sich an ökologisch und ökonomisch sinnvollen Kriterien orientieren, etwa dem absoluten CO_2-Vermeidungspotenzial und der CO_2-Vermeidungseffizienz.

Es müssen nachhaltige Geschäftsmodelle für wasserstoff- und übergangsweise erdgasbasierte Produktionsverfahren ermöglicht werden, deren Kosten erheblich über denen der etablierten Produktionsverfahren liegen und daher ohne politische Flankierung nicht wettbewerbsfähig wären. Dazu müssen im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie aufeinander abgestimmte Instrumente, wie eine staatliche Anschubfinanzierung durch Klimaschutzverträge und grüne Leitmärkte zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke etabliert, mittelfristig abgesichert und die entsprechende Wasserstoff-Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Eine reine Wasserstoff-Leitungsinfrastruktur sollte vorrangig die Wasserstoffproduzenten und Wasserstoffsenken, insbesondere die Stahlindustrie, Offshore-Standorte und Importpunkte an den Küsten verbinden.

Weiterführende Informationen:

- Positionspapier „Wasserstoff als Basis für eine klimaneutrale Stahlproduktion"
- Positionspapier „Bedeutung von Erdgas für die Stahlindustrie und ihre Transformation"
- Aktionsplan 2021 – 2025 des Nationalen Wasserstoffrats

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

© iStock.com/Petmal

© iStock.com/bfk92

Außenhandelspolitik

Innovative Instrumente gesucht

Die Außenhandelspolitik stellt die Stahlproduzenten im Jahr 2021 erneut vor große Herausforderungen: WTO-widrige Subventionen, Protektionismus und unfaires Marktverhalten bestimmen weiterhin den globalen Stahlmarkt. Gleichzeitig liegen die EU-Stahlimporte nach wie vor auf besorgniserregend hohem Niveau. Die globale Strukturkrise beim Stahl hat sich auch infolge der Corona-Pandemie weiter verschärft. In dieser kritischen Situation steht die Stahlindustrie mit dem Transformationsprozess in Richtung Klimaneutralität vor Herausforderungen bisher nicht gekannten Ausmaßes. Auch hier muss die Außenhandelspolitik innovative Lösungen liefern. In der Diskussion befinden sich etwa ein CO_2-Grenzausgleichsmechanismus oder die Schaffung eines internationalen Klimaclubs.

Level Playing Field im Außenhandel – Eine Voraussetzung für die Transformation

Im Rahmen des Handlungskonzepts Stahl haben Bundesregierung und Stahlindustrie das gemeinsame Ziel bekräftigt, Chancengleichheit auf den internationalen Märkten zu schaffen. Ohne konkrete Maßnahmen zum Schutz vor disruptiven Effekten im Außenhandel drohen im Zuge wachsender Belastungen für die Stahlunternehmen wichtige Klimaschutz-Investitionen auszubleiben und Arbeitsplätze verloren zu gehen.

Mitte Juni haben die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten entschieden, die Safeguards im Stahlbereich um weitere drei Jahre zu verlängern. Dies war richtig und konsequent. Die durch Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums möglich gewordene Verlängerung ist von der Erkenntnis geprägt, dass die Strukturprobleme der globalen Stahlindustrie und der bestehende Protektionismus nicht kurzfristig gelöst sein werden und die Gefahr von Handelsumlenkungen in den europäischen Markt infolge der US-Stahlzölle nach wie vor fortbesteht.

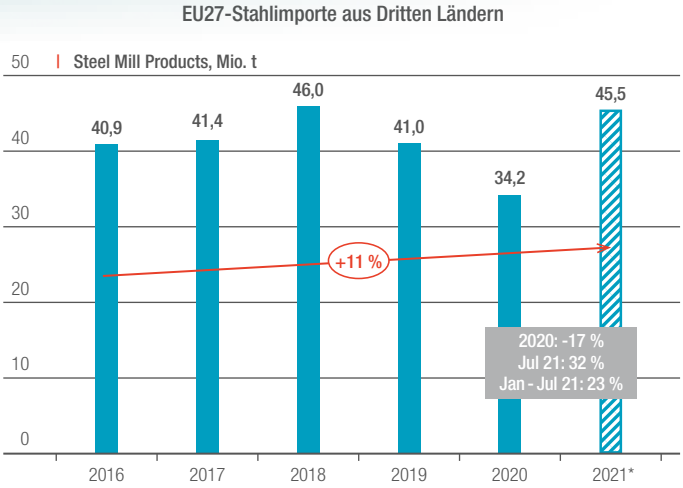
Wichtig ist es nun, dass auch der Schutz vor Subventionen sowie gedumpten Stahllieferungen in den EU-Markt weiter konsequent fortgesetzt wird. Gerade die Kombination von Safeguards und einem konsequenten Antidumping- und Antisubventionsschutz ist ein wirksames Mittel, um auf die wachsenden handelspolitischen Herausforderungen zu reagieren.

Versorgungsschwierigkeiten – Folgen für den Handelsschutz?

Seit Jahresbeginn wird verschiedentlich auf Lieferengpässe und Preissteigerungen im Stahlbereich hingewiesen. Als Gründe werden verstärkt auch die bestehenden EU-Handelsschutzmaßnahmen angeführt, die eine Versorgung über den Importmarkt erschweren.

Globale und sektoral breit angelegte Lieferkettenprobleme sind jedoch getrennt von Maßnahmen zum Schutz vor Handelsumlenkungen zu betrachten. Grundsätzlich sind Handelsschutzinstrumente nicht dazu gedacht, auf kurzfristige Marktveränderungen zu reagieren. Sie dienen vielmehr dazu, faire Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen. Die Konjunkturentwicklung darf daher nicht zu einem Kurswechsel in der Außenhandelspolitik führen.

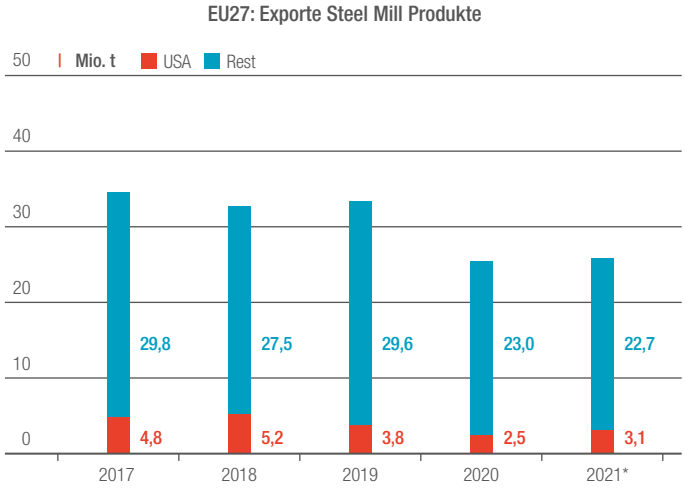
EU27: Deutlicher Anstieg des Importdrucks



* hochgerechnet auf Basis Jan - Jul

Quelle: Eurostat

EU-Exporte in die USA: Nach Einführung der US-Section 232 deutlich rückläufig



* annualisiert auf Basis Jan - Jul

Quelle: Eurostat

Annäherung im europäisch-amerikanischen Stahlstreit

Eine wichtige und gute Nachricht für die Stahlindustrie in Deutschland und den internationalen Handel insgesamt ist die Vereinbarung zwischen den USA und der Europäischen Union zur Abschaffung der US-Zölle nach Section 232 für Stahlimporte aus der EU. Mit der Ende Oktober 2021 getroffenen Einigung können fortan festgelegte Mengen an EU-Stahllieferungen wieder zollfrei in die USA eingeführt werden. Zölle werden erst bei Überschreitung dieser Kontingente fällig.

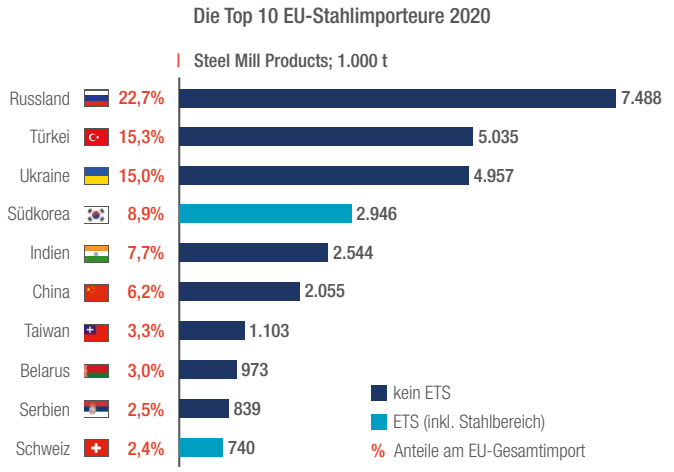
Trotz der Annäherung bleibt das bestehende Sicherheitsnetz durch EU-Safeguard-Maßnahmen unverzichtbar. Solange die US-Stahlzölle für andere Regionen der Welt fortbestehen, existiert weiterhin die Gefahr von Handelsumlenkungen.

Carbon-Leakage-Schutz – Gefragt sind wirkungsvolle Instrumente

Gerade die Außenhandelspolitik ist gefordert, neben dem Schutz vor disruptiven Effekten im Außenhandel auch Carbon Leakage zu vermeiden. Die Umstellung auf CO_2-arme Produktionstechnologien vollzieht sich nicht schlagartig, sondern in einem langfristigen Prozess mit mehreren Stufen. Daher muss auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit herkömmlicher, noch CO_2-intensiv produzierender Anlagen für den Übergangszeitraum gesichert und eine Produktionsverlagerung in Regionen außerhalb der EU verhindert werden.

Im Rahmen des europäischen Gesetzespakets "Fit for 55" hat die Europäische Kommission Mitte Juli einen Vorschlag für einen CO_2-Grenzausgleichsmechanismus vorgelegt und damit außenhandelspolitisches und WTO-rechtliches Neuland betreten. Ziel ist es, Abgaben auf Importe CO_2-intensiver Sektoren aus Ländern zu erheben, die über keine vergleichbaren CO_2-Bepreisungssysteme verfügen.

Die größten EU Stahlimporteure: nur zwei Länder mit Emissionshandel im Stahlbereich



Quelle: Eurostat

„Eine klimaneutrale Stahlindustrie kann nicht per Knopfdruck von heute auf morgen realisiert werden. Daher sind die Unternehmen auf die weitere freie Zuteilung von Zertifikaten im EU-Emissionshandel und auf Entlastungen bei Stromkosten angewiesen. Andernfalls droht zunehmend Carbon Leakage, weil die Stahlproduktion künftig in anderen Regionen der Welt mit deutlich geringeren Klimaschutzauflagen stattfindet."

Dr. Karl-Ulrich Köhler, Vorsitzender der Geschäftsführung,
SHS – Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA

Aus Sicht der deutschen Stahlindustrie kann ein solcher Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) neben der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten als traditionelles Schutzinstrument eine wichtige Ergänzung beim Carbon-Leakage-Schutz sein. Zunächst müssen jedoch die bestehenden Schwachstellen im EU-Kommissionsvorschlag behoben werden. Dazu zählen u. a. die fehlende Einbeziehung von Stahlexporten oder die unzureichende Bekämpfung einer Umgehung der Maßnahmen.

Neue Instrumente für neue Herausforderungen

Die EU benötigt effektive Instrumente, um angemessen auf die veränderten Rahmenbedingungen im internationalen Handel reagieren zu können und ihre Unternehmen vor Marktverzerrungen zu schützen. Die Europäische Kommission hat dies erkannt und in ihrer handelspolitischen Strategie Anfang 2021 mehr Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit angekündigt.

Sie hat sich auch mit der Frage befasst, wie mehr Gegenseitigkeit bei der öffentlichen Beschaffung erreicht werden kann und Lücken beim Schutz vor marktverzerrenden Drittlandinvestitionen geschlossen werden können und hierzu eine Reihe von Rechtsakten auf den Weg gebracht. Die WV Stahl setzt sich dafür ein, dass diese Initiativen schnell und konsequent umgesetzt werden.

Weiterführende Informationen:

- Positionspapier „Chancen und Risiken für einen internationalen Klimaclub aus Sicht der Stahlindustrie"
- Positionspapier „Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)"

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

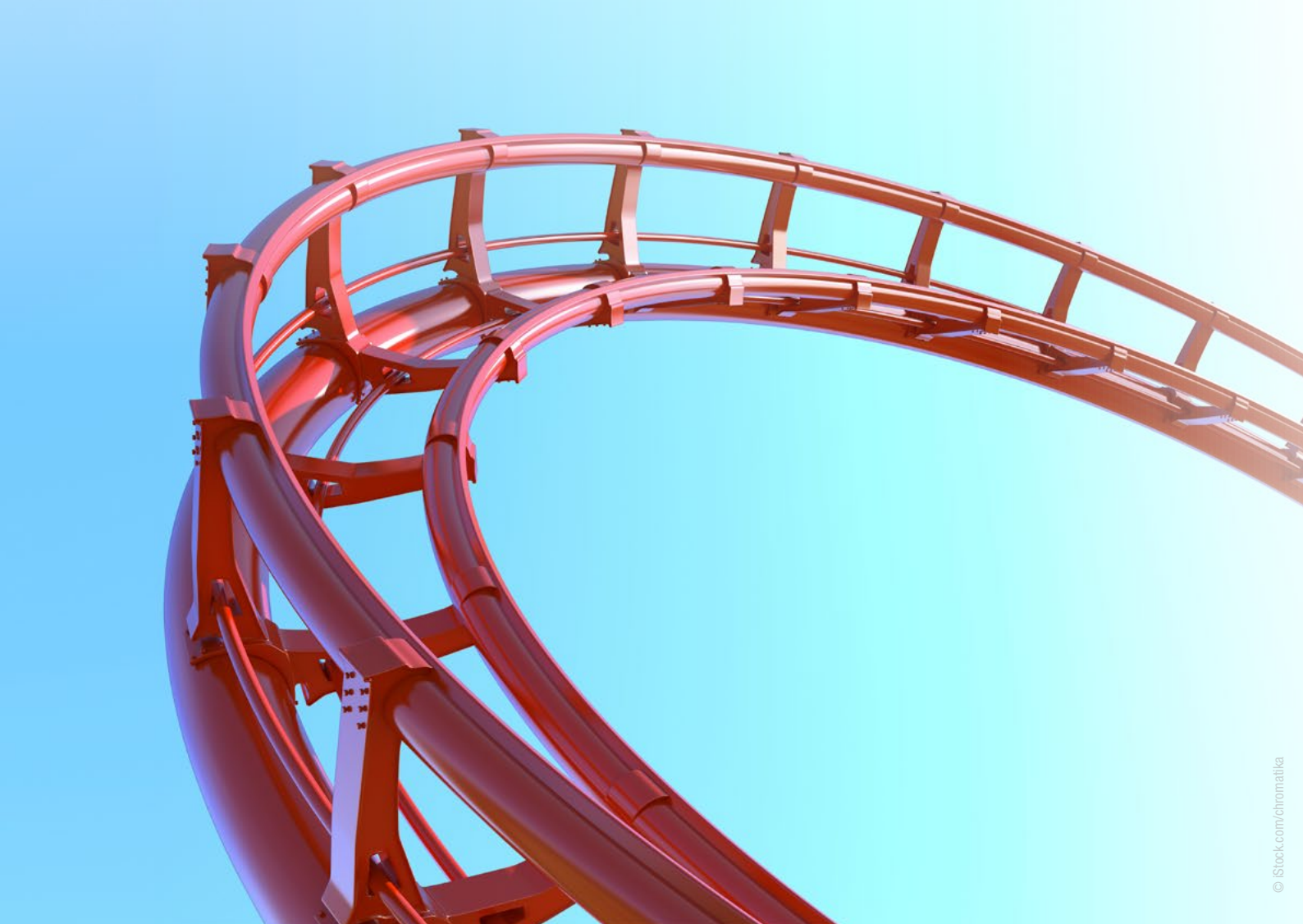
Kreislaufwirtschaft mit Stahl
Unverzichtbar für Klimaneutralität

Auf dem Weg zur Klimaneutralität gilt es alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Neben der direkten Vermeidung von Klimaauswirkungen, beispielsweise durch neue Produktionsverfahren für Grundstoffe, kommt der Kreislaufwirtschaft (Circular Economy – CE) besondere Bedeutung zu. Sie trägt nicht nur wesentlich zum Klimaschutz, sondern maßgeblich auch zur Effizienzsteigerung und somit zum Schutz anderer Ressourcen bei.

Der Grundgedanke einer Kreislaufwirtschaft im Sinne des zirkulären Wirtschaftens und der darauf ausgerichtete Aktionsplan Kreislaufwirtschaft der Europäischen Kommission (CEAP) enthalten bereits viele Ansätze, um die Verwendung von kreislauffähigen Werkstoffen zu stärken. Der Aktionsplan ist damit ein wichtiges Instrument zur Erreichung des Ziels „Klimaneutralität bis 2050“ im Rahmen des Green Deal.

Den Anforderungen der Kreislaufwirtschaft entspricht Stahl wie kein anderer industrieller Werkstoff. Bei seiner Anwendung ist die flexible und effiziente Werkstoffnutzung heute selbstverständlich, wobei mit jedem Produkt- und Innovationszyklus weitere Optimierungspotentiale erschlossen werden. Stahl und die aus ihm hergestellten Produkte sind wiederverwendbar sowie reparierbar.

Wenngleich seine Primärrohstoffe und damit auch Stahl grundsätzlich in ausreichender Menge verfügbar sind, wird der Werkstoff seit jeher nach teils sehr langen Gebrauchszeiten konsequent einem Recycling zugeführt. Bereits heute steht ein großes urbanes „Lager“ als künftige Stahlschrott- und damit Sekundärrohstoffquelle bereit. Werkstoff und Produkte lassen sich gut sammeln und leicht von anderen Stoffströmen abtrennen. Stahl ist wiederkehrend recycelbar (Multi-Recycling) und damit als „Permanent Material“ erneuerbaren Rohstoffen annähernd gleichwertig. Je Tonne eingesetzten Stahlschrotts werden rund eine Tonne CO_2-Emissionen eingespart.



© iStock.com/chromatika

Mehr als Stahl-Recycling

Zirkuläres Wirtschaften geht weit über die klassische Abfallwirtschaft hinaus und ist mehr als nur Stahl-Recycling. Die moderne Kreislaufwirtschaft schließt die gesamte Wertschöpfungskette beziehungsweise den kompletten Produktlebenszyklus ein. Die Europäische Kommission definiert als Ziel einer Circular Economy, „den Wert von Produkten, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich zu erhalten, indem sie am Ende ihrer Nutzungsdauer in den Produktkreislauf zurückgeführt werden und gleichzeitig möglichst wenig Abfall erzeugt wird“.

Indem Zirkularität fördernde Ansätze identifiziert sowie dafür notwendige Maßnahmen und Rahmenbedingungen weiter konkretisiert werden, kann die Kreislaufwirtschaft dazu beitragen, die Transformation, den Klimaschutz und die Ressourceneffizienz aktiv zu unterstützen.

Hierzu gibt es nahezu auf allen politischen Ebenen wichtige Ansatzpunkte. So hat sich die WV Stahl intensiv bei der Erarbeitung von CEAP und dem Handlungskonzept Stahl der Bundesregierung eingebracht und konkrete Handlungsfelder aufgezeigt. Gleiches gilt auch hinsichtlich des nationalen Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das bereits heute viele Punkte aufgreift, die auf EU-Ebene erst noch entwickelt werden müssen. Ein Beispiel hierbei ist das Thema öffentliche Beschaffung. Und auch der EU-Green Deal steht im Fokus, wenn es darum geht, Potentiale einer Circular Economy auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu heben.

Förderung der Kreislaufwirtschaft

„Ziel muss es sein, die positiven Eigenschaften von Stahl gerade für die Kreislaufwirtschaft zum Vorteil von Klimaschutz und CO_2-Minderung zu nutzen. Dazu sollten die geltenden Rahmenbedingungen überprüft werden, u. a. auch mit Blick auf den nachhaltigen Einsatz von Stahl- bzw. Stahlerzeugnissen und seinen Nebenprodukten (z. B. Schlacken).“

Quelle: Handlungskonzept Stahl, 2020 (https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/handlungskonzept-stahl.html)

Damit eine moderne Kreislaufwirtschaft etabliert werden kann, ist es wichtig, lineare Denkweisen zu verlassen und stattdessen Probleme und Herausforderungen ganzheitlich zu betrachten. Das angestrebte Ziel „Mehr aus Weniger“ und somit die Verhinderung negativer Umwelteffekte kann nur mit einem schlüssigen Mix aus den Optionen „Weniger verbrauchen“, „Mehrmalig verwenden“ und „Ersetzen“ erreicht werden.

Ansatzpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft

	Weniger verbrauchen	Mehrmalig verwenden	Ersetzen
Produktdesign	langlebig, reparierbar und effizient	recyclebar und upgradefähig	Werkstoffauswahl nach risikobasiertem Ansatz
Herstellung	ressourceneffizient, abfallarm und technologieoffen	Recycling und Wiederverwendung	anwendungsgerechte Werkstoffnutzung

Quelle: WV Stahl, basierend auf IW, IW Consult, WIK-Consult

Anreize statt Verbote für mehr Zirkularität

Dieser integrierende Ansatz muss sich auch in der Politik widerspiegeln. Es geht künftig nicht mehr darum, mit einzelnen Maßnahmen bestimmte Verbesserungen zu erzielen, sondern durch ein Bündel von Maßnahmen in verschiedensten Regelungsbereichen die Kreislaufwirtschaft optimal zu fördern. Ziel müssen dabei weniger Verbote als vielmehr Anreize zur Zirkularität sein. Die Kreislaufwirtschaft muss zum Eckpfeiler der Etablierung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster werden, die im Mittelpunkt des in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen festgelegten 12. Nachhaltigkeitsziels „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“ stehen.

Mit einer auf den drei Säulen der Nachhaltigkeit basierenden Produktpolitik kann wesentlich dazu beigetragen werden, die europäischen und nationalen Ziele zu erreichen. Der Balance zwischen den einzelnen Säulen, also Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Der vielleicht wichtigste Ansatzpunkt hierzu besteht in einem auf Kreislaufwirtschaft ausgelegten Produktdesign, mit beispielsweise Vorgaben für Ökodesign und Bauprodukte. Es gilt zu erarbeiten, welche weiteren Produktrechtsbereiche (z. B. Elektrogeräte, Fahrzeuge, Maschinen, Chemikalien, etc.) die Kreislauffähigkeit fördern können und auf welche Weise. Wichtig ist dabei jedoch, dass weder bestehende erfolgreiche Kreisläufe behindert, noch die Verwendung von Grundstoffen oder Produkten unter dem Gesichtspunkt des präventiven Schutzes ohne reale Risikobewertung eingeschränkt werden.

Nachhaltigkeit von Produkten ganzheitlich betrachten

Auch erfordert der integrierende Ansatz, die Umweltleistung von Produkten über den gesamten Lebenszyklus mit einer robusten Methodik zu bewerten, die über alle Produktgruppen hinweg konsistent ist. Recyclingfähigkeit und Multi-Recycling sind dabei genauso wie Nebenprodukte vollumfänglich zu berücksichtigen. Hierbei kann auch die Normung wichtige Impulse geben, wenn darin CE und Ressourceneffizienz stärker Einzug halten. Wird das Konzept des Umweltfußabdrucks (PEF)* weiterverfolgt, muss dieser umgehend international genormt werden. Dies gilt auch hinsichtlich einer einheitlichen Definition von nachhaltigen oder grünen Produkten.

© iStock.com/RomoloTavani

„Bei der schrottbasierten Elektrostahlproduktion wird Stahl aus 100 Prozent Rohstoff-Recycling gemacht. Dadurch werden nachhaltige Produkte von Kunden noch nachhaltiger. So werden Rohstoff-Kreisläufe geschlossen.“

Thomas Löhr
Mitglied der Geschäftsführung, Georgsmarienhütte Holding GmbH

Quoten sind ein althergebrachtes Instrument zur Anreizbildung. Sie könnten dazu dienen, die Verwendung bestimmter, zu bevorzugender CE-Werkstoffe zu fördern, sofern sie richtig ausgerichtet sind. Ein Beispiel könnten Quoten für die Verwendung klimaneutral hergestellter und multi-recycelbarer Werkstoffe in bestimmten Produktkategorien sein. Ein auf einzelne Produkte bezogener Rezyklatanteil wäre dagegen kontraproduktiv, da weder Produktanforderungen noch -portfolio berücksichtigt würden. Im Gegenteil könnte dieser gegebenenfalls zu Effizienzverlusten und höherem Ressourcenverbrauch führen. Ein auf einen Materialpool bezogener Rezyklatanteil gibt dagegen die notwendigen Freiheiten, bei denen permanente Werkstoffe ihre Vorteile entfalten können, solange dieser mit dem in der EU quantitativ und qualitativ zur Verfügung stehenden Stahlschrott sicher erreicht werden kann.

Circular Economy als Teil des Green Deal

Die zuvor skizzierten Ansätze gilt es weiterzuentwickeln und in das Maßnahmenpaket der EU-Kommission im Rahmen der Umsetzung von Green Deal und CEAP in 2021/2022 einzubringen. Dazu ist es selbstverständlich, dass WV Stahl und Mitgliedsunternehmen auf breiter Front an der Diskussion mitwirken und sich z. B. auch aktiv an der neuen BDI-Initiative Circular Economy, der Dialogplattform Recyclingrohstoffe des BMWi sowie der Evaluierung des nationalen Ressourceneffizienzprogramms ProgRess beteiligen.

Daneben werden auch alle anderen umwelt- und stahlrelevanten Themen mit ihren Wechselwirkungen mit der Kreislaufwirtschaft sowie untereinander intensiv zu begleiten sein. Im Fokus stehen dabei in Zukunft alle Bereiche des Green Deal, insbesondere aber Luftqualität und Emissionen, Gewässerschutz und Biodiversität.

Weiterführende Informationen:

- Positionspapier „Kreislaufwirtschaft und Klimaschutzpolitik“
- Broschüre „Circular Economy mit Stahl – Beitrag zum Klimaschutz in Europa“

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

*PEF : Product Environmental Footprint

© iStock.com/PPAMPicture

Transformation braucht nachhaltige Finanzierung

Die Stahlunternehmen wollen entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung mit erheblichen Investitionen in CO_2-arme Produktionsverfahren einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Bereits 2030 könnte bis zu einem Drittel der Produktion „grün“ erfolgen. Die schrittweise erfolgende Dekarbonisierung der Stahlindustrie wird jedoch zwei weitere Dekaden in Anspruch nehmen.

Die Unternehmen haben dazu individuelle und an ihre spezifischen Bedürfnisse und Produktportfolios abgestimmte Gesamtkonzepte und Investitionspläne entwickelt, die es nun umzusetzen gilt. Während des gesamten Transformationsprozesses muss die Finanzierung dafür sichergestellt werden. Dies ist von besonderer Bedeutung, da gleichzeitig zur Entwicklung neuer Verfahren und dem Bau neuer Anlagen die bestehenden zunächst weiter betrieben und auch optimiert, d. h. fortlaufend an die sich weiterentwickelnde Technik angepasst, werden müssen – insbesondere mit Blick auf Klima- und Umweltschutz. Erst wenn neue Kapazitäten sicher und wirtschaftlich betrieben werden, können andere aus der Produktion genommen werden.

In diesem Zusammenhang spielen Initiativen zur Nachhaltigen Finanzierung auf nationaler und europäischer Ebene eine entscheidende Rolle. Entlang von festgelegten Kriterien werden Investitionen künftig in „grün“ und „nicht-grün“ unterschieden. Damit sollen Finanzmittel bevorzugt für nachhaltige Technologien zur Verfügung stehen. Das Problem für die Stahlindustrie: Trotz erheblicher Verbesserungen für Klima- und Umweltschutz drohen zentrale Investitionsmaßnahmen als „nicht grün“ eingestuft zu werden. Dies betrifft insbesondere den Weg mit erforderlichen Zwischenschritten zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Daher sollten nicht Einzelmaßnahmen, sondern das individuelle Gesamtkonzept eines Unternehmens bewertet werden. Die Umsetzung erfordert neben einer anfänglichen öffentlichen Förderung vor allem den Zugriff auf private Finanzmittel. Dieser fällt zu einem Teil bereits heute, in Zukunft aber nahezu vollständig, unter die Regelungen der Nachhaltigen Finanzierung und ist damit an die entsprechende Taxonomie gekoppelt.

Die WV Stahl begrüßt daher die Initiative der Europäischen Kommission zur Nachhaltigen Finanzierung sowie das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen. Ebenso wird die Taxonomie-Verordnung als wichtiges Instrument gesehen, um eine Einordnung der wirtschaftlichen Aktivitäten hinsichtlich Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Dementsprechend beteiligen sich Verband und Unternehmen am Dialog und wirken auf der Plattform zur Nachhaltigen Finanzierung aktiv mit.

Geeignete Taxonomiekriterien für die Stahlindustrie notwendig

Die bisherigen Kriterien der Taxonomie sind allerdings nicht auf die Besonderheiten der Stahlindustrie ausgerichtet. So sind bislang nur Bewertungskriterien für Einzelmaßnahmen vorgesehen, die auf den Benchmarks des EU-Emissionshandels basieren und statt eines Gesamtoptimums nur ein vermeintliches Optimum einiger Prozessstufen verfolgen. Zudem wird u. a. die Zukunftstechnologie Direktreduktion mit Wasserstoff bisher weder berücksichtigt noch als „mit der Nachhaltigen Finanzierung konform“ eingestuft. Eine Finanzierung wäre demnach nicht möglich. Des Weiteren fehlen Vorgaben, wie die Finanzwelt die Berichte der Realwirtschaft in der gesamten Transformationsphase zu bewerten hat. Auch berücksichtigen die jetzigen Taxonomiekriterien entgegen den Rechtsvorgaben nicht oder nur unzureichend den gesamten Lebenszyklus.

Insgesamt besteht daher erheblicher Nachbesserungs- und Regelungsbedarf, den die WV Stahl im Rahmen von Rechtsetzungsverfahren wie Delegierten Rechtsakten auch in Kooperation mit den Bundesressorts einfordert. Dazu ist die intensive Kooperation mit den Dachverbänden auf nationaler und EU-Ebene sowie die Mitwirkung in entsprechenden Gremien, wie der europäischen Plattform zur Nachhaltigen Finanzierung, erforderlich. Das Augenmerk der WV Stahl liegt dabei auf praxisgerechten und verlässlichen Regelungen.

Anforderungen für eine klimaneutrale Stahlindustrie

1 Grüner Strom & Wasserstoff

Grüner Stahl braucht große Mengen an grüner Energie zu bezahlbaren Preisen. Strom und Wasserstoff sind die Grundlagen einer klimaneutralen Stahlerzeugung.

2 Anschubfinanzierung & Förderprogramme

Anschubfinanzierungen ermöglichen die Umstellung auf CO_2-arme Verfahren. Dafür müssen bestehende Förderprogramme mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Ein haushaltsunabhängiger Mechanismus bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.

3 Klimaschutzverträge

Klimaschutzverträge (Contracts for Difference) gleichen in einer Übergangsphase die betrieblichen Mehrkosten für die Produktion von grünem Stahl gegenüber konventionell produziertem Stahl aus. Erst dadurch wird der Einstieg in die CO_2-arme Stahlproduktion überhaupt erst möglich.

4 Leitmärkte für grünen Stahl

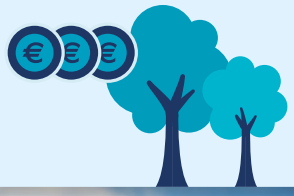
Staatliche Anreizsysteme und verbindliche Quoten für den Einsatz von grünem Stahl unterstützen den Aufbau von grünen Leitmärkten. Sie ermöglichen einen besseren Ausgleich der höheren Kosten für grünen Stahl, sodass weniger staatliche Förderung notwendig ist.

5 Carbon-Leakage-Schutz

Eine freie Zuteilung von Zertifikaten im EU-Emissionshandel und Entlastungen bei Stromkosten schützen in der Übergangsphase die konventionelle Stahlproduktion vor der Abwanderung in andere Regionen mit weniger Klimaschutz. Dies ist erforderlich, da die Umstellung auf die grüne Stahlproduktion in Stufen verläuft.

6 Nachhaltige Finanzierung

Praktikable Kriterien für eine Nachhaltige Finanzierung sichern den Zugang zu privatem Kapital für den gesamten Transformationsprozess. Investitionen in neue und beste verfügbare Techniken mit dem Ziel mehr Klima- und Umweltschutz bleiben so möglich.

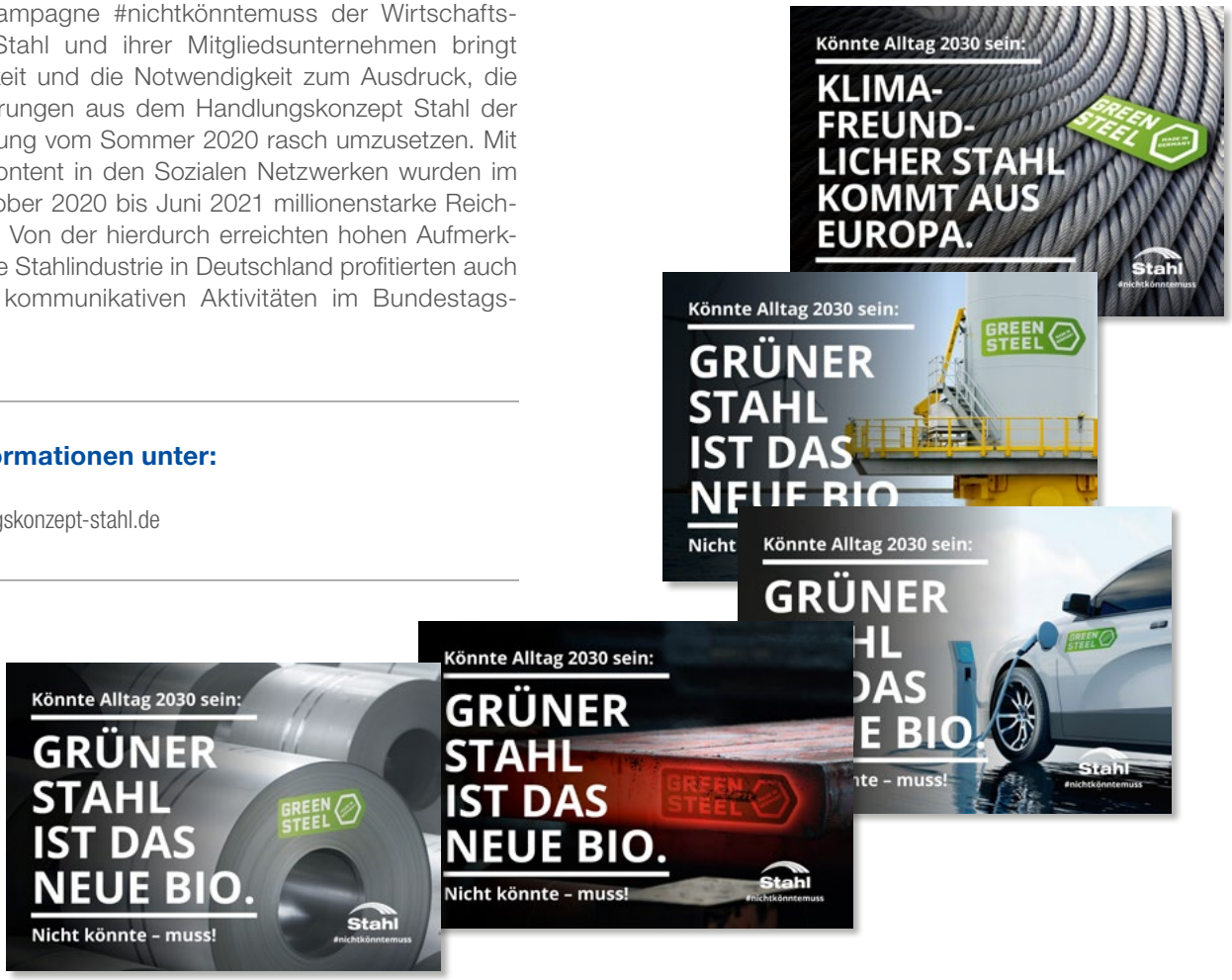


Erfolgreiche Kampagne
#nichtkönntemuss

Die Online-Kampagne #nichtkönntemuss der Wirtschaftsvereinigung Stahl und ihrer Mitgliedsunternehmen bringt die Dringlichkeit und die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Absichtserklärungen aus dem Handlungskonzept Stahl der Bundesregierung vom Sommer 2020 rasch umzusetzen. Mit auffälligem Content in den Sozialen Netzwerken wurden im Zeitraum Oktober 2020 bis Juni 2021 millionenstarke Reichweiten erzielt. Von der hierdurch erreichten hohen Aufmerksamkeit für die Stahlindustrie in Deutschland profitierten auch die weiteren kommunikativen Aktivitäten im Bundestagswahljahr.

Weitere Informationen unter:

› www.handlungskonzept-stahl.de



Botschaften auf dem Schirm

Viele Instrumente – ein Ziel

Auch 2021 hat die Corona-Pandemie den Rahmen für die Kommunikation des Verbands gesetzt. Etablierte Präsenzformate wie der Berliner Stahldialog konnten ebenso wenig stattfinden wie persönliche Gespräche, beispielsweise auf Parteitagen. Dennoch war das Ziel klar formuliert: Die hohe Aufmerksamkeit für die Stahlindustrie in Deutschland im Bundestagswahljahr aufrecht zu erhalten.

Handlungskonzept Stahl und Bundestagswahl 2021 im Fokus

Bis zur Jahresmitte bestimmten die politischen Gespräche zum Handlungskonzept Stahl weitestgehend die kommunikative Agenda der WV Stahl. Das mediale Interesse an den Arbeitstreffen zwischen Bundeswirtschaftsminister Altmaier, der IG Metall und Vertretern der Stahlindustrie war groß. Pressekonferenzen des Bundeswirtschaftsministeriums, aber auch ein ausführliches Interview mit Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der WV Stahl, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung boten gute Gelegenheiten, um die zentralen Branchenbotschaften zu platzieren: Die Stahlunternehmen in Deutschland können und wollen einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Für die Transformation hin zur Klimaneutralität sind sie jedoch auf einen angemessenen politischen Rahmen angewiesen, der rasch auf den Weg gebracht werden muss. Konkrete Handlungsempfehlungen und Instrumente für den Weg zur klimaneutralen Stahlindustrie hat der Verband in verschiedenen Positionspapieren vorgeschlagen, die auch die Grundlage für eine intensive Social Media-Kommunikation bildeten. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen wurde ein **Transformationsprogramm für die Stahlindustrie in Deutschland** formuliert und den politischen Zielgruppen zur Verfügung gestellt.

Digitaler Instrumentenmix sichert Reichweite

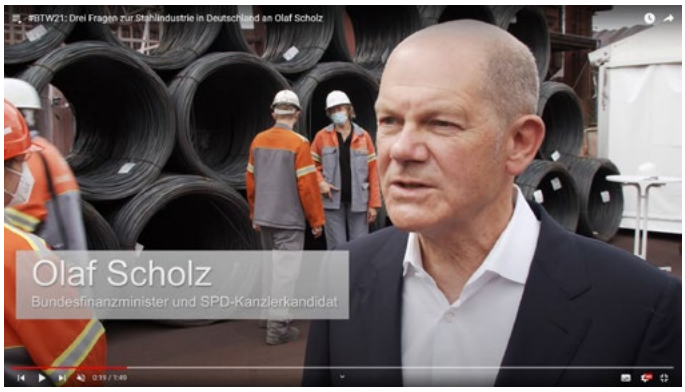
Mit dem Beginn der politischen Sommerpause nahm auch der Wahlkampf zur Bundestagswahl weiter an Fahrt auf. Dass die Online-Kommunikation eine noch größere Bedeutung erhalten sollte, war bereits früh erkennbar. Ebenso die Herausforderung, trotz unzähliger Botschaften in der digitalen politischen Öffentlichkeit gehört und gesehen zu werden. Für ein Grundrauschen sorgte die bereits Ende 2020 gestartete **Kampagne #nichtkönntemuss,** die eine konsequente Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl fordert. Claims wie „Grüner Stahl ist das neue Bio.“ oder „Klimafreundlicher Stahl kommt aus Europa.“ wurden als Videos, Bilder oder Textbeiträge insgesamt 13 Millionen Mal in den Timelines von Twitter, linked.in und Facebook ausgespielt.

Um die Handlungsempfehlungen für den 20. Deutschen Bundestag ging es bei den weiterführenden Social Media-Aktivitäten, zu denen auch eine Videoaktion mit politischen Spitzenakteuren gehörte. Die Kanzlerkandidaten Olaf Scholz (SPD) und Armin Laschet (CDU) standen im **Interviewformat „Drei Fragen an…“** ebenso Rede und Antwort wie Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) und der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

Trotz der zunehmenden Präsenz von politischen Entscheiderinnen und Entscheidern in den Sozialen Netzwerken sind E-Mail-Newsletter nach wie vor eine wichtige Option im digitalen Instrumentenkasten der politischen Kommunikation. Mit dem neuen **#politikBRIEF** werden derzeit mehr als 1.000 Empfängerinnen und Empfänger aus der Politik kurz und knapp über Positionen der Stahlindustrie in Deutschland informiert. Zudem wird in jeder Ausgabe auf weiterführende Informationen wie Positionspapiere verwiesen. Mit dem einfach aufgebauten Format kann schnell und flexibel auf die öffentliche Agenda reagiert werden.

Stahl im (Online-)Dialog

Zum Standardrepertoire der politischen Kommunikation gehörten auch 2021 verstärkt Webtalk-Formate. Die WV Stahl konnte für ihre **Veranstaltungsreihe „Digitaler Berliner Stahldialog 2021“** interessante Gesprächspartnerinnen und -partner gewinnen. So zählten die Sprecherinnen und Sprecher ihrer jeweiligen Bundestagsfraktion, Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Lukas Köhler (FDP) und Bernd Westphal (SPD) ebenso zu den digitalen Gästen wie Dr. Hildegard Bentele, Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Ergänzt wurden die jeweiligen Panels durch Experten namhafter Forschungseinrichtungen wie Agora Energiewende. Durch die Diskussionen zu den Themen „Rahmenbedingungen für eine grüne Stahlproduktion“, „Wasserstoff für eine klimaneutrale Stahlindustrie“ und „Fairer Wettbewerb auf dem Weg zum grünen Stahl“ führte Martin Wocher, der als Handelsblatt-Redakteur die Branche viele Jahre begleitet hat. Trotz unterschiedlicher Perspektiven auf die komplexen Aspekte zeigte sich ein gemeinsames Verständnis für den Bedarf angemessener politischer Rahmenbedingungen für die Transformation: Die Stahlindustrie benötigt geeignete Förderinstrumente und langfristige Planungssicherheit, um die für die Transformation notwendigen Investitionen zu tätigen.



Spitzenakteure wie SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz konnten für eine Kurzinterview-Reihe gewonnen werden. Die Videos gehörten zu den Kommunikationsaktivitäten der WV Stahl zur Bundestagswahl.

Reichweitenstarke Veröffentlichungen in den Sozialen Netzwerken, wie zur Kampagne #nichtkönntemuss, sorgen für Aufmerksamkeit bei politischen Entscheiderinnen und Entscheidern.

Musste pandemiebedingt auf den Bildschirm weichen: Erstmals fand der Berliner Stahldialog als virtuelle Veranstaltungsreihe statt.

Auch vor den Bildschirmen war der Digitale Berliner Stahldialog ein voller Erfolg. Mehr als 800-mal wurden die Streams der auch auf Abruf verfügbaren Videos gestartet. Bei der Premiere Ende April 2021 folgten 140 Nutzerinnen und Nutzer der Veranstaltung live über die gesamte Länge.

Gemeinsam für den Industriestandort

Um in industriepolitischen Belangen gehört zu werden, engagiert sich die WV Stahl auch im Rahmen von Kooperationen. So ist der Verband u. a. mit der europäischen Interessenvertretung der Stahlindustrie EUROFER, dem Welt-Stahlverband worldsteel sowie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vernetzt.

Auf nationaler Ebene ist 2021 insbesondere das Bündnis Zukunft der Industrie in Erscheinung getreten. Der von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und dem Bundeswirtschaftsministerium getragene Zusammenschluss beteiligt sich u. a. mit Handlungsempfehlungen und Formaten am politisch-gesellschaftlichen Diskurs zur Zukunft der Industrie. Neben einer Industriekonferenz fanden Branchen-Webtalks zu industriepolitischen Themen statt. Die WV Stahl hat sich gemeinsam mit der IG Metall mit einer Online-Diskussion, bei der die damalige Bundesumweltministerin Svenja Schulze zu Gast war, eingebracht und die Aktivitäten des Bündnisses in den Sozialen Netzwerken unterstützt.

Die WV Stahl engagiert sich auch im Bündnis Zukunft der Industrie, einer gemeinsamen Initiative von BMWi, Verbänden und Gewerkschaften.

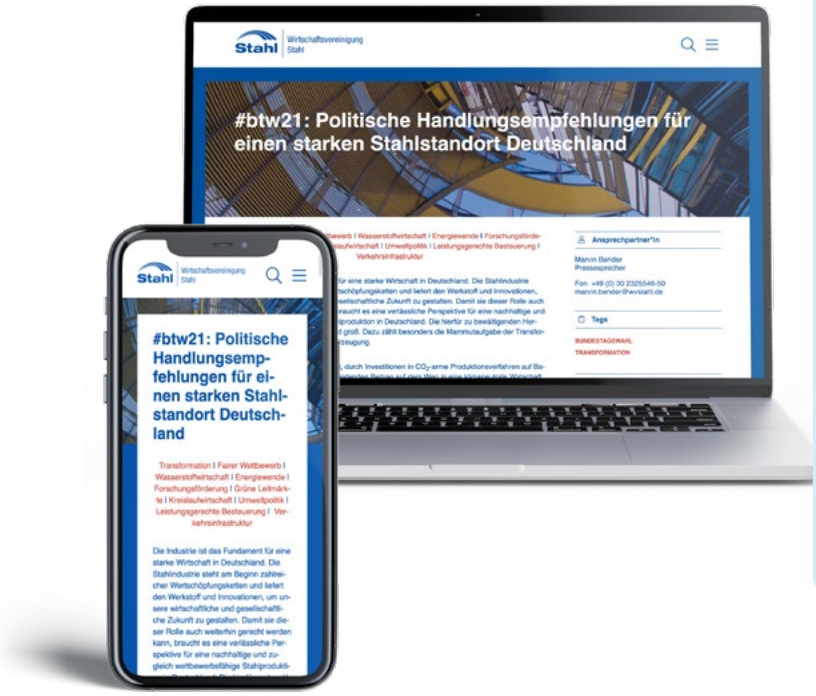
Neue Anforderungen an die Kommunikation: Politik wird jünger und diverser

Nicht erst mit der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag ist klar: Politik wird jünger und diverser. Dies erfordert auch eine veränderte politische Kommunikation. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei zunehmend eine auf das Informationsverhalten der Zielgruppe angepasste Kommunikation über digitale Formate ein. Informationen müssen schnell erfassbar, leicht verständlich und gleichzeitig emotional und belegbar sein. 2022 wird eine Hauptaufgabe darin liegen, diese Entwicklung in der strategischen politischen Kommunikation zu berücksichtigen. Ein wichtiger Baustein dafür werden Themenbotschafterinnen und Themenbotschafter in den Sozialen Netzwerken sein, aber auch „klassische Formate“ wie der Berliner Stahldialog – dann hoffentlich wieder im Herzen der Hauptstadt.

!

20. Deutscher Bundestag

Mehr als ein Viertel der 736 Abgeordneten des neuen Bundestags ist jünger als 40 Jahre.



Digitales Informationsangebot neu strukturiert

Mit einer vollständig neuen Gestaltung und neuem inhaltlichen Konzept ist **stahl-online.de** seit dem Frühjahr im Netz zu finden. Inhalte zu den Kernthemen der WV Stahl werden nun in übersichtlichen Dossiers gesammelt, sodass die Nutzerinnen und Nutzer sich ohne langes Suchen gezielt informieren können. Das responsive Design sorgt dafür, dass alle Informationen auch auf mobilen Endgeräten gut dargestellt werden.

Der **Internationale Pressespiegel** bietet seit vielen Jahren einmal wöchentlich eine kompakte Übersicht von stahlrelevanten Themen in den Medien. Er beinhaltet Artikel aus Tageszeitungen und Wochenmagazinen. Das exklusiv an Mitgliedsunternehmen gerichtete Angebot wurde in diesem Jahr digital aufgestellt.

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Zentrales Anliegen der Organisation ist es, die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunft so mitzugestalten, dass am Standort Deutschland Stahl nachhaltig und wettbewerbsfähig produziert werden kann.

Kernauftrag der WV Stahl ist die politische Interessenvertretung. Voraussetzung dafür ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs zu branchenrelevanten Themen: Einbindung in Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung der Industrie als Technologiegeber sind dabei zentrale Elemente. Für eine zielgerichtete Interessenvertretung ist der Verband in Berlin, Brüssel und Düsseldorf vertreten.

Erfahren Sie mehr über die WV Stahl und ihre Aufgaben unter www.stahl-online.de.

Ansprechpartner*innen der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Sie haben eine Frage zu einem bestimmten Thema? Dann kontaktieren Sie gerne die Fachexpert*innen der WV Stahl.

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident und Geschäftsführer
✆ +49 211 6707-110
✉ kerkhoff@wvstahl.de

Tobias Aldenhoff
Außenhandel
✆ +49 211 6707-871
✉ tobias.aldenhoff@wvstahl.de

Marvin Bender
Kommunikation
✆ +49 30 232 5546-50
✉ marvin.bender@wvstahl.de

Arnd Finke
Rohstoffpolitik
✆ +49 211 6707-860
✉ arnd.finke@wvstahl.de

Jennifer Jünke
Recht und Steuern
✆ +49 30 232 5546-20
✉ jennifer.juenke@wvstahl.de

Henning W. Reichenbacher
Forschung und Innovation
✆ +49 30 232 5546-30
✉ henning.reichenbacher@wvstahl.de

Angelika Westmark
Compliance/Clearingstelle
✆ +49 211 6707-697
✉ angelika.westmark@wvstahl.de

Dr. Martin Theuringer
Geschäftsführer und Leiter Wirtschaft
✆ +49 211 6707-105
✉ martin.theuringer@wvstahl.de

Achim Beerheide
Verkehr und Infrastruktur
✆ +49 211 6707-876
✉ achim.beerheide@wvstahl.de

Gerhard Endemann
Umweltschutz und Nachhaltigkeit
✆ +49 211 6707-456
✉ gerhard.endemann@wvstahl.de

Roderik Hömann
Energie und Klima
✆ +49 30 232 5546-10
✉ roderik.hoemann@wvstahl.de

Alexander Klatte
Energie und Klima / Wasserstoff
✆ +49 30 232 5546-40
✉ alexander.klatte@wvstahl.de

Natalie Weiß
Büro Brüssel
✆ +32 2 8011387
✉ natalie.weiss@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Französische Str. 8
10117 Berlin
+49 30 232 5546-0

Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Brüssel
+32 2 8011387

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
+49 211 6707-0

Publikationen
2021

Diese und weitere Publikationen finden Sie unter:
stahl-online.de

Ein Transformationsprogramm für die Stahlindustrie in Deutschland
10 Forderungen an eine neue Bundesregierung für die ersten 100 Tage

Die neue Bundesregierung muss die Transformation der Stahlindustrie bereits in den ersten 100 Tagen zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Das Transformationsprogramm beschreibt zehn politische Maßnahmen, die schnell auf den Weg gebracht werden müssen, damit die Stahlunternehmen den Weg in Richtung Klimaneutralität beschreiten können.

Politische Handlungsempfehlungen
der Stahlindustrie in Deutschland für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags

Zu den politischen Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Stahlproduktion in Deutschland zählen neben der raschen Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl insbesondere die Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen im Außenhandel und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Eine der zentralen Aufgaben des neuen Bundestags muss es sein, die Transformation in Richtung grüner Stahlerzeugung durch wirkungsvolle Instrumente zu begleiten.

Nachhaltige Verkehrsbauten aus Stahl
Mobilitätswende für mehr Klimaschutz

Ob Dekarbonisierung des Individualverkehrs, Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Bahnstrecken und Schifffahrtswegen oder die Förderung des Radverkehrs als Alternative auf kurzen Distanzen: Die Mobilitätswende rückt mehr und mehr in den Fokus von Verkehrs- und Städteplanern. In sämtlichen dieser Bereiche kann der Werkstoff Stahl auch in der Anwendung einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

Statistisches Jahrbuch der Stahlindustrie

Für eine wirkungsvolle politische Interessenvertretung sind Branchenstatistiken unverzichtbar. Das jährlich aktualisierte Statistische Jahrbuch Stahl schafft eine Datenbasis, mit deren Hilfe Strukturverschiebungen in der Branche sichtbar gemacht werden können. Dabei beziehen sich die Angaben nicht nur auf Deutschland. Auch sind Daten zur EU und allen wichtigen Stahlländern der Welt enthalten.

Mitgliedsunternehmen
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

AG der Dillinger Hüttenwerke
66763 Dillingen
www.dillinger.de

ArcelorMittal Bremen GmbH
28237 Bremen
https://bremen.arcelormittal.com

ArcelorMittal Duisburg GmbH
47137 Duisburg
https://duisburg.arcelormittal.com

ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH
15890 Eisenhüttenstadt
https://eisenhuettenstadt.arcelormittal.com/

ArcelorMittal Hamburg GmbH
21129 Hamburg
https://hamburg.arcelormittal.com

Badische Stahlwerke GmbH
77694 Kehl/Rhein
www.bsw-kehl.de

B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH
14770 Brandenburg
www.rivastahl.com

Benteler Steel/Tube GmbH
33104 Paderborn
www.benteler-steeltube.com

BGH Edelstahl Freital GmbH
01705 Freital
www.bgh.de

BGH Edelstahl Lugau GmbH
09385 Lugau
www.bgh.de

BGH Edelstahl Siegen GmbH
57076 Siegen
www.bgh.de

Böllinghaus Steel GmbH*
40723 Hilden
www.boellinghaus.de

CMC Poland Sp. z o.o.
PL 42-400 Zawiercie
www.cmc.com

Deutsche Edelstahlwerke Specialty Steel GmbH & Co. KG
58452 Witten
www.dew-stahl.com

DHS Dillinger Hütte Saarstahl AG Holding
66744 Dillingen
www.dillinger.de

DK Recycling u. Roheisen GmbH
47053 Duisburg
www.dk-duisburg.de

ERAMET Alloys GmbH
41189 Mönchengladbach
www.erasteel.com

ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH
01591 Riesa
www.feralpi.de

EZM Edelstahlzieherei Mark GmbH
58300 Wetter
www.ezm-mark.de

Friedrich Lohmann GmbH
58456 Witten-Herbede
www.lohmann-stahl.de

Georgsmarienhütte Holding GmbH
49124 Georgsmarienhütte
www.gmh-gruppe.de

H.E.S. Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH
16761 Hennigsdorf
www.rivastahl.com

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
47259 Duisburg
www.hkm.de

Ilsenburger Grobblech GmbH
38871 Ilsenburg
www.ilsenburger-grobblech.de

Karl Diederichs GmbH & Co. KG
42899 Remscheid
www.dirostahl.de

Mannstaedt GmbH
53840 Troisdorf
www.mannstaedt.de

Max Aicher GmbH & Co. KG
83395 Freilassing
www.max-aicher.de

Metal Ravne d.o.o.
SLO 2930 Ravne Na Koroskem
www.metalravne.com

Outokumpu Nirosta GmbH
47807 Krefeld
www.outokumpu.com

Peiner Träger GmbH
31226 Peine
www.peiner-traeger.de

Rolf Kind GmbH*
51647 Gummersbach
www.r-kind.de

Rogesa Roheisengesellschaft Saar mbH
66763 Dillingen
www.rogesa.de

Saarstahl AG
66333 Völklingen
www.saarstahl.com

Salzgitter AG
38239 Salzgitter
www.salzgitter-ag.de

Salzgitter Flachstahl GmbH
38239 Salzgitter
www.salzgitter-flachstahl.de

Schmiedewerke Gröditz GmbH
01609 Gröditz
www.stahl-groeditz.de

Stahlwerke Bous GmbH
66359 Bous
www.stahlwerk-bous.de

Stahlwerke Thüringen GmbH
07333 Unterwellenborn
www.stahlwerk-thueringen.de

Swiss Steel AG
CH 6021 Emmenbrücke
www.swisssteel-group.com

Swiss Steel Deutschland GmbH
40549 Düsseldorf
www.swisssteel-international.de

thyssenkrupp AG
45143 Essen
www.thyssenkrupp.com

thyssenkrupp Electrical Steel GmbH
45881 Gelsenkirchen
www.tkes.com

thyssenkrupp Hohenlimburg GmbH
58119 Hagen
www.hoesch-hohenlimburg.de

thyssenkrupp Rasselstein GmbH
56626 Andernach
www.thyssenkrupp-steel.com

thyssenkrupp Steel Europe AG
47166 Duisburg
www.thyssenkrupp-steel-europe.com

Třinecké Železárny, a.s.
CZ 73970 Třinec-Staré Město
www.trz.cz

VDM Metals International GmbH
58791 Werdohl
www.vdm-metals.com

Walzen Irle GmbH
57250 Netphen
www.walzenirle.com

Walzwerke Einsal GmbH
58769 Nachrodt
www.walzwerke-einsal.de

WW-K Warmwalzwerk Königswinter GmbH
53639 Königswinter
www.ww-k.net

*bis 31. Dezember 2021

Wussten Sie schon, dass durch Dekarbonisierung der Stahlindustrie knapp ein Drittel der industriellen CO_2-Emissionen eingespart werden kann?

Diese und weitere Informationen finden Sie in unserer Broschüre „Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland“.

Fakten zur **Stahlindustrie** in Deutschland

2021

Online blättern unter:

stahl-online.de

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl

© adimas/fotolia.com

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Telefon +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl
www.facebook.com/stahlonline
www.twitter.com/stahl_online
www.youtube.com/stahlonline

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl